

# Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der  
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des  
Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint  
wöchentlich jeden  
Sonnabend.  
Jährlich  
52 Nummern.

Abonnements  
nehmen alle Post-  
anstalten entgegen.  
Preis vierteljährlich  
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:  
Berlin N. 37, Metzger StraÙe No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:  
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluss:  
Jeden Dienstag Morgen.

## Neunte (außerordentliche) Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Berlin, 12. August.

Erster Verhandlungstag. Vormittagsitzung.

Die Generalversammlung wird vom Zentralvorsitzenden Georg Schmidt um 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr eröffnet mit einer begrüßenden Ansprache, in der hervorgehoben wird, die gegenwärtige Generalversammlung werde wichtigere Beschlüsse zu fassen haben als die vor zwei Jahren. Es nehmen an der Generalversammlung teil: A) Vertreter des Hauptvorstandes: 1. Georg Schmidt-Berlin; 2. J. Löcher; 3. Otto Albrecht; 4. Wilhelm Jansson; 5. L. Steinberg; 6. C. Satow; 7. W. Huhnholz.

B) Vertreter des Ausschusses: 8. Rinke-Dresden.

C) Vertreter der Revisoren: 9. H. Dockhorn-Berlin.

D) Als Delegierte des Verbandes: 10. A. Babinski-Berlin; 11. C. Bremer-Dortmund; 12. J. Busch-Hamburg; 13. M. Cirsovius-Hamburg; 14. J. Ehrlich-Leipzig; 15. Fritz Fuchs-Frankfurt a. M.; 16. Max Gehse-Berlin; 17. Hermann Halle-Frankfurt a. M.; 18. H. Klus-Hamburg; 19. Fritz Kretschmann-Remscheid; 20. O. Kummer-Hamburg; 21. J. Kayser-Bremen; 22. P. Kühne-Hannover; 23. W. Kwasnik-Berlin; 24. Paul Lindenblatt-Charlottenburg; 25. P. Lorenz-Wannsee; 26. Paul Maetzke-Dresden; 27. Carl Reutter-Stuttgart; 28. Johann Rolke-München; 29. Franz Schmidt-Lübeck; 30. Julius Schüler-Magdeburg; 31. Georg Thull-Düsseldorf; 32. Franz Vogel-Rixdorf.

Vertreter der General-Kommission: 33. Knoll. Vertreter des Verbandes der Landarbeiter: 34. Fritz Faaß, Redakteur.

Vertreter der österreichischen Gärtner-Organisation: 35. Pavlik-Wien.

Vertreter der schweizerischen organisierten Gärtner: 36. Liggerstörfer-Zürich.

Als Referenten: 36. E. Kaiser-Frankfurt a. M.; 37. L. Haucke-Leipzig.

Kwasnik-Berlin begrüßt die Generalversammlung im Auftrage und in Vertretung der Berliner Kollegen. Pavlik-Wien überbringt einen Gruß der österreichischen Kollegen und berichtet kurz über die Entstehung und Entwicklung seiner Organisation. In das Büro werden berufen als Vorsitzende mit gleichen Rechten Löcher-Berlin und Thull-Düsseldorf, als Schriftführer Busch-Hamburg und Kwasnik-Berlin.

Statutarisch haben das Recht, an der Generalversammlung teilzunehmen von den sieben Hauptvorstandsmitgliedern nur vier; da die Generalversammlung am Sitze des Verbandes stattfindet, nehmen dessen sämtliche Mitglieder teil; der Hauptvorstand beantragt, diese Teilnahme anzuerkennen. Die Teilnahme wird mit 12 gegen 6 Stimmen anerkannt. — Ein Dringlichkeitsantrag, den nicht gewählten Außenbeamten Link-Düsseldorf (er ließ sich nicht als Kandidat aufstellen) noch nachträglich zu berufen, wird der Konsequenzen wegen abgelehnt. Den beiden Außenbeamten Haucke und Kaiser wird, da sie nicht Delegierte sind, nicht das Recht eingeräumt, sich allgemein an den Debatten zu beteiligen, sondern nur an den Debatten, die zu ihren Referaten entstehen.

Der Zentralvorsitzende teilt mit, daß der Sitzungssaal gemietet worden sei und die Generalversammlung „alkoholfrei“ stattfinden.

Die ausländischen Bruderorganisationen sind sämtlich eingeladen worden, einen Vertreter zur Generalversammlung zu entsenden. Zur Geschäftsordnung für die Zeit der Generalversammlung wird als Verhandlungszeit die Zeit von 9 bis 1 und 2 bis 6 Uhr bestimmt. In die Wahlprüfungs- und Beschwerdekommision werden gewählt: Klus-Hamburg, Reutter-Stuttgart, Babinski-Berlin, Maetzke-Dresden, Bremer-Dortmund.

Als Tagesordnung wird folgende Reihenfolge beschlossen: 1. Eröffnung und Konstituierung der Generalversammlung (erledigt); 2. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht; 3. Agitation und Organisation; 4. Beitrags- und Unterstützungswesen; 5. Lohnbewegungen und Streiks; 6. Statutenberatung und sonstige Anträge; 7. Wahlen; 8. Unsre Forderungen an die soziale Gesetzgebung; 9. Internationale Organisation der Gärtner. — Busch-Hamburg, Schüler-Magdeburg und der Zentralvorsitzende Schmidt werden in die Redaktionskommission zur Vorberatung des Statuts gewählt. Die nachträglich eingegangenen Anträge sollen als dringlich mit zur Beratung gestellt werden. Ludwigshafen-Mannheim protestiert wegen nicht voll ordnungsgemäß eingeteilter Wahlbezirke im dritten Agitationsbezirk. Der Protest wird der Beschwerdekommision überwiesen. Nunmehr gibt der Zentralvorsitzende Gg. Schmidt den

### Geschäfts- und Tätigkeitsbericht des Hauptvorstandes.

Der gedruckt vorliegende Bericht umfaßt 48 Druckseiten und erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1907 bis 30. Juni 1909. Die Gesamteinnahmen in dieser Zeit betragen Mk. 236432, die Gesamtausgaben Mk. 232930, verbleibt am 1. Juli 1909 ein Kassenbestand von Mk. 26723. Ordentliche Mitgliederbeiträge sind in der Einnahmesumme Mk. 195157 enthalten. Für Lohnkämpfe wurden Mk. 26889 verausgabt, für Zeitung, Bibliothek und Bildungswesen Mk. 36215, für Agitation Mk. 45813, für Unterstützungen insgesamt Mk. 35445, und zwar entfallen davon auf Arbeitslosenunterstützung Mk. 26618, auf Reiseunterstützung Mk. 2914, auf Umzugs-, Not-, Gemaßregeltenunterstützung und Krankengeldzuschuß Mk. 5913. Die Pluktuation im Mitgliederbestande ist dauernd noch immer eine große geblieben; schuld daran sind die noch immer sehr niedrigen Löhne und die Massenlehrlingszuchterei, durch die die meisten älteren Arbeitskräfte regelmäßig aus dem Beruf hinausgetrieben werden. (Nach der amtlichen Statistik entfällt 1 Lehrling auf 3 Gehilfen, genau; auf 2<sup>1</sup>/<sub>10</sub>.) Der schlechten Wirtschaftskonjunktur zufolge konnten Angriffs-kämpfe nur in kleinem Maßstabe geführt werden.

Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang machte sich in der Gärtnerlei etwas später bemerkbar als in den übrigen Berufen und hält demzufolge auch entsprechend länger an. So hatten wir die Krise im ersten Vierteljahr 1909 am schwersten zu fühlen; bei knapp 5000 Mitgliedern mußten in diesem Vierteljahr rund Mk. 10000 Arbeitslosenunterstützung geleistet werden, pro Mitglied also Mk. 2. Hierdurch kam die Kasse in eine arge Klemme. Schon Anfang des Jahres 1909 beriet der Hauptvorstand, ob es sich nicht empfehle, die Außenbeamten zu einer Konferenz, zwecks Besprechung der Lage, zusammenzuberufen; doch wurde schließlich aus andern Gründen von der Konferenz Abstand genommen.

Dann kam später der Umstand, daß der Zentralvorsitzende zum Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes gewählt wurde. Hierdurch ist die Frage der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung akut geworden, und wurde nun ein entsprechender Beschluß gefaßt. Die Agitation liegt heute wesentlich in den Händen der für jeden der sechs Agitationsbezirke angestellten Beamten, die auch einen Teil von Verwaltungsgeschäften der Hauptverwaltung übernommen und damit die letztere um etwas entlastet haben. Die Einrichtung hat sich allgemein gut bewährt, und brachte eine Hilfskraft nur ausnahmsweise herangezogen werden. Als Agitationsmittel von größerem Umfange sind angefertigt und verbreitet worden: eine von Busch-Hamburg geschriebene Broschüre, „Winke für die Agitation und Organisation“, und eine von Albrecht verfaßte, „Die Lage der Herrschaftsgärtner und deren Hebung“. Letztergenannte soll eine erste feste Grundlage für die Agitation unter den so schwer zugänglichen herrschaftlichen Gärtnern abgeben. Gegen den Kost- und Logiszwang wurde eine Sondernummer der Zeitung verbreitet. Über die Lage der in den Stadtgärtnereien beschäftigten Gärtner und Gartenarbeiter ist eine Broschüre, die Kaiser-Frankfurt a. M. bearbeitet, in Vorbereitung.

Der Wochenbeitragsmarkenverkauf bezieht sich in den Jahren 1904 auf 106326, 1905: 139873, 1906: 169385, 1907: 180395, 1908: 185710 und im ersten Halbjahr 1909 auf 89614. Die Markenverkaufszahlen sind der sicherste Maßstab für ein Auf und Ab in einer Organisation. Wenn 1908 die Steigerung nur klein und Anfang 1909 nicht einmal ganz der Stand aus der gleichen Zeit im Vorjahre erreicht ist, so daher, weil das erste Quartal eine noch nie vorgekommene Arbeitslosigkeit hatte. Die Jahresdurchschnitts-Mitgliederzahl betrug 1904: 2808, 1905: 3880, 1906: 4601, 1907: 4952, 1908: 4800, das zweite Vierteljahr 1909 hat mit einem Bestand von 5033 Mitgliedern abgeschlossen. Die Wirtschaftskrisis hat demnach den Verbands einen eigentlichen Rückschlag nicht gebracht, nur kam er zu einem gewissen Stillstande, was die Mitgliederzahl anbelangt; im Beitragsmarkenverkauf hat er sogar noch Fortschritte zu verzeichnen, wie aus den angeführten Zahlen erkenntlich.

Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse an ordentlichen Mitgliedsbeiträgen betragen 1904: 23760 Mk., 1905: 31065 Mk., 1906: 44003 Mk., 1907: 57164 Mk., 1908: 50966 Mk. Die große Steigerung 1907 und der große Fall 1908 sind nur rechnungsmäßige Erscheinungen, in Wirklichkeit ist das gleiche Verhältnis vorhanden wie bei den verkauften Beitragsmarken. Im Jahre 1907 ist insofern das Rechnungsabschlußverfahren geändert, als das vierte Jahresquartal der Zweigvereine, das bis dahin immer erst im nächsten Geschäftsjahre mit enthalten war, nun dem wirklichen Einnahmejahr zugeschlagen wurde; dadurch hat das Rechnungsjahr 1907 eine Einnahme von fünf Quartalen. Letztgesagtes trifft auch (mit Ausnahme für die Zeitung) für alle hier sonst noch zu nennenden Zahlen zu. Von den Ausgaben seien folgende Posten angeführt: Die Zeitung kostete 1904: 7508 Mk., 1905: 9407 Mk., 1906: 11503 Mk., 1907: 13041 Mk., 1908: 13238 Mk. An Unterstützungen wird geboten Arbeitslosen-, Reise-, Not-, Umzugs-, Gemaßregeltenunterstützung und Krankengeldzuschuß, die Aufwendungen dafür stellen sich 1904 auf 1244 Mk., 1905: 2334 Mk., 1906: 5545 Mk., 1907: 9736 Mk., 1908: 1211 Mk. Das erste Vierteljahr 1909 erreichte ganz allein für Arbeitslosenunterstützung 9433 Mk. Für Lohn-

bewegungen und Streiks wurden ausgegeben 1904: 130 Mk., 1905: 5197 Mk., 1906: 4399 Mk., 1907: 12229 Mk., 1908: 6313 Mk. Die Agitation kostete 1904: 1464 Mk., 1905: 3042 Mk., 1906: 5483 Mk., 1907: 7834 Mk., 1908: 3758 Mk. Gehälter 1904: 5181 Mk., 1905: 5449 Mk., 1906: 4899 Mk., 1907: 7768 Mk., 1908: 5672 Mk.

Die Einkünfte und Leistungen aus den Ortszuschlägen sind in den vorstehenden Zahlen nicht berücksichtigt. Bei Mitberücksichtigung dieser entfällt auf den Kopf der Mitglieder eine Jahreseinnahme von 11,76 Mk. im Jahre 1904, die bis 1908 auf 20,45 Mk. gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum stiegen die Ausgaben pro Kopf für Zeitung von 2,39 auf 2,76 Mk., für Agitation von 78 Pfg. auf 2,17 Mk., für Lohnbewegungen und Streiks betragen sie 4 Pfg., 2,61, 1,48, 3,64, 1,60 Mk.; die Arbeitslosenunterstützung stieg von 32 Pfg. auf 1,98 Mk. pro Kopf und 2 Mk. allein im ersten Quartal 1909 pro Kopf. — Der Kassenbestand der Hauptkasse betrug am Jahresabschluß 1908: 13743 Mk., der der Ortskasse 13458 Mk.

Dann befaßte sich der Redner eingehend mit den Verhältnissen in den Agitationsbezirken.

Über die Mitgliederbewegung ist zu sagen, daß diese dauernd ganz allgemein noch einer starken Fluktuation unterliegt, was auf die eigenen Berufsverhältnisse zurückfällt.

Die Lohnkämpfe der verflochtenen Geschäftsperiode sind weniger umfangreich als die der vorigen, doch sind einzelne Kämpfe an sich bedeutend schwieriger geworden. Für das Jahr 1908 kommen Bewegungen in Steglitz-Berlin, Chemnitz i. S., Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Höselt bei Düsseldorf, Lübeck, Mannheim, Markransteden bei Leipzig, Mülhausen i. E. und München in Betracht; für 1909 solche in Barmen-Elberfeld, Berlin, Essen, Freiburg i. Br., Nürnberg, Velbert (Rhld.). In Lübeck handelte es sich um einen allgemeinen und hartnäckigen Streik; das Unternehmertum hatte sich auf den echt scharfmacherischen Standpunkt gestellt, auf keinen Fall nachzugeben und nicht zu verhandeln, mußte aber gewahrt werden, daß es sich verrechnet hatte; der Kampf schlug am Ende durch, und es kam sogar eine Art Vertrag zustande. In Mülhausen i. E. handelte es sich um einen Aussperrungsstreik. Der Unternehmer einer Großfirma verlangte den Austritt seiner Leute aus der Organisation und sperrte aus, als dies verweigert wurde. Nach achtwöchentlichem Aussharen mußte der Kampf abgebrochen werden, weil allmählich sich soviel Streikbrecher von außen zusammenfanden, daß der Betrieb fortgeführt werden konnte. Dennoch trat im ganzen Orte eine allgemeine Lohnerhöhung ein. Man hatte unternehmerischer von der unerwarteten Standhaftigkeit Respekt bekommen. Die sonstigen Bewegungen waren von geringerem Belang. Die Ziffern und das Ergebnis der Lohnkämpfe von 1908 lauten: 2 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 215 Beteiligten, 5 Angriffsstreiks mit 232 Beteiligten, 1 Abwehrstreik mit 23, 1 Aussperrung mit 34 Beteiligten. Verlust an Arbeitszeit insgesamt 2847 Tage. Erfolgreich 5 Kämpfe, mit teilweise Erfolg 2, erfolglos 2. Arbeitszeitverkürzung wurde erreicht für 369 Personen zusammen 2047 Stunden pro Woche; Lohnerhöhung für 535 Personen zusammen 1158 Mk. pro Woche; ferner Verbesserungen bezüglich der Sonntagsarbeit. Bei einem Abwehrstreik trat eine Arbeitszeitverlängerung für 30 Personen zusammen um 90 Stunden pro Woche ein. Im Jahre 1908: 2 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 47 Beteiligten und 2 Streiks mit 146 Beteiligten. Verlust an Arbeitszeit 438 Tage. 2 Lohnbewegungen erfolgreich, 2 teilweise. Gewinn an Arbeitsverkürzung für 50 Personen zusammen 180 Stunden pro Woche; Lohnerhöhung für 159 Personen zusammen 161 Mk. pro Woche. Die in diesem Frühjahr in Bremen und in Elmshorn abgelaufenen Tarifverträge wurden, in Anbetracht der ungünstigen Lage, einer Revision nicht unterzogen, laufen vielmehr jetzt stillschweigend weiter. — Erhobene Vorwürfe, der Hauptvorstand habe zuviel gebremst, entbehren der Begründung, der Hauptvorstand werde niemals bremsen, wenn nicht unbedingt notwendig, er wüßte vielmehr, solches niemals zu brauchen. Die Stellung des Hauptvorstandes zur Zeitung sei stets gewesen, möglichste Preßfreiheit zu gewähren, in einem Falle sei ein Artikel des Redakteurs inhibiert worden, wo es dem Hauptvorstand aus taktischen Erwägungen nützlich erschien. Artikel von Mitgliedern abzulehnen, habe der Hauptvorstand keine Gelegenheit gehabt.

Die gegen die Einberufung der Generalversammlung seinerzeit inszenierte Protestbewegung sei über die Grenze des Nützlichen weit hinausgegangen, ebenso die häufigen Kritiken, die teilweise zur Nörgelei ausarteten. Ein derartiges Verhalten sei mitunter nicht das Sackbündel wert gewesen.

Man spreche außerhalb gelegentlich von Gegensätzen zwischen Hamburg und Berlin, das sei unberechtigt. Wenn Hamburg glaube, der Hauptvorstand sei bestrebt, Hamburg zu „isolieren“, so sei garnichts falscher als dieses. Redner beschäftigt sich des längeren mit der Haltung der Hamburger Kollegen, die fortwährend gegen den Hauptvorstand und die Beamten eine oppositionelle Stellung grundlos eingenommen hätten. Hamburg habe sich, soweit das der Fall, tatsächlich selbst isoliert. Redner verwahrt in der entschiedensten Form den Hauptvorstand gegen die von Hamburg erfolgten Angriffe. Einzig im Interesse der Organisation verlange er, daß man sich in der Kritik auch zu mäßigen wisse, um nicht Unorganisierten und Gegnern überflüssige und unschädliche Waffen in die Hand zu drücken.

Dockhorn-Berlin gibt den

#### Bericht der Kassenrevisoren

und statet dem Zentralvorsitzenden für die Führung der Kassengeschäfte den Dank ab. Es sei garnichts zu bemängeln. Dem schließt sich Gehe-Berlin an im Auftrag der Generalrevisoren, die vorigen Sonntag eine Generalprüfung vorgenommen haben. Den

#### Bericht des Ausschusses

gibt Rinke-Dresden. Der Ausschuß mußte wegen Wohnortwechsels zweier Mitglieder zweimal durch eine Ersatzwahl ergänzt werden. In sechs Sitzungen hatte der Ausschuß sich mit der Frage der Anstellung von Beamten zu befassen. Bei Besetzung sämtlicher Posten wurde zwischen Ausschuß und Hauptvorstand Übereinstimmung erzielt. Beschwerden wurden zwei unterbreitet, doch als ungerechtfertigt abgewiesen. Einem Antrage der Ortsverwaltung Hamburg, „Mitgliedern, die nach Orten reisen, welche als überfüllt bekannt gemacht wurden, die Unterstützung zu verweigern“, konnte nicht zugestimmt werden, weil nach Ansicht des Ausschusses die Mitglieder soweit in ihrer Bewegungsfreiheit nicht gehindert werden dürfen, wenn sie sich sonst nicht Verstöße gegen das Statut zu schulden kommen lassen. In der Frage einer Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung stimmte der Ausschuß dem Hauptvorstande zu, weil seiner Auffassung nach die Begründung unbedingt zwingend war.

Das Büro schlägt vor, jetzt in die Debatte über den Geschäftsbericht einzutreten und den Bericht über die Presse erst nach Abschluß dieser Debatte entgegenzunehmen. Dagegen spricht Busch-Hamburg, dafür Jansson-Berlin und Albrecht-Berlin. Der Antrag wird mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß vom „Lebens- und Genußmitarbeiterverband der Schweiz“ als Vertreter der in diesem Verbandsorganisierten Gärtner der Schweiz Kollege F. Liggerstörfer-Zürich eingetroffen sei. Den „Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter“ (Sitz Berlin), vertritt der Genosse Redakteur F. Faab-Berlin.

#### Debatte zum Geschäftsbericht.

Klus-Hamburg: Schmidt habe sich in ausgedehntester Weise mit den Hamburgern beschäftigt. Die Kritik gegenüber dem bayrischen Bezirk habe Hamburg mit Recht erhoben. Schmidt erregt sich zu leicht. Ein von ihm (dem Redner) zur Generalversammlung geschriebener Artikel hätte schon eine Nummer früher erscheinen können und darauf auch der von Jansson dagegen geschriebene Artikel. Jansson selbst habe 1905 bewiesen, daß er auf die Isolierung der Hamburger hingearbeitet. Jansson habe in seinem letzten Artikel sich stark beleidigend ausgedrückt, dagegen habe sich Albrecht, der zwar auch scharf geschrieben, doch sachlich und in verständlichem Sinne gehalten. Redner wendet sich noch weiter gegen Jansson. Es sei nicht wahr, daß Hamburg jemals einen Antrag beschlossen habe, eine Abspaltung von der Organisation vorzunehmen. (Redezeit ist abgelaufen.)

Thull-Düsseldorf: Auch er müsse sich gegen Jansson wenden, der angezogene Artikel habe das Maß der Sachlichkeit überschritten. Was die Hamburger Kollegen betrifft, so habe auch er früher eine Animosität gegen diese gehabt, inzwischen habe er sich längst überzeugt, daß diese unberechtigt war. Betreffs Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung hätte der Hauptvorstand besser getan, sich, bevor er zu dem Beschluß gekommen, erst mit den Außenbeamten in Verbindung zu setzen, wie doch diese sonst in wichtigen Fragen benachrichtigt würden; so kam die Bekanntmachung wie ein Blitz aus heitrem Himmel. Mit Beziehung auf die Beamtenanstellung in Bayern habe der Hauptvorstand richtig gehandelt. Im fünften Bezirk werde der eine Beamte wohl eingezogen werden müssen, weil die Belastung für die Hauptkasse zu stark sei.

Hauke-Leipzig verbreitet sich über die Lage seines (fünftens) Bezirks. Die Agitation habe nicht aus eigener Kraft geleistet werden können, weil in

Quedlinburg und Erfurt keine Ortszuschläge erhoben werden und auch in Dresden eine Beitragsleistung sich nicht durchführen ließ. Außer der Fluktuation wirkt in Dresden auch die große Scharfmacherei der Unternehmer bei jenen jungen Gehilfen. Gegen den Ausschuß, mit dem Sitz in Dresden, wären Vorurteile in Mitgliederkreisen entstanden, man sage, der Ausschuß gehe mit dem Hauptvorstand durch dick und dünn. Das Vorurteil sei entstanden, weil bei Ablehnung von beantragten Streiks der Ausschuß dem Hauptvorstand gewöhnlich zustimme. Er sei aber, wie ein Antrag das wolle, für eine Verlegung des Sitzes nach Hamburg; dort werde man aber am Ende die gleichen Erfahrungen machen. Mit Beziehung auf die Generalversammlungseinberufung stimme er dem von Thull Gesagten zu.

#### Nachmittags-sitzung.

Der Vertreter der schweizerischen Organisation, Genosse J. Liggerstörfer-Zürich, überbringt die Grüße der schweizerischen Kollegen. Die dortige Organisation sei leider sehr zurückgegangen. Die aus Deutschland zugereisten Kollegen zeigten wenig Neigung, sich zu dem dortigen Verbandsüberschreiben zu lassen. Der deutsche Verband möge mehr Einfluß auf seine Mitglieder ausüben, daß diese im Ausland sich der dortigen Organisation auch zur Verfügung stellen. Es werde sich vielleicht notwendig machen, wieder einen besonderen Gärtnerverband für die Schweiz einzurichten oder im Lebens- und Genußmittelverband der Sektion eine größere Selbständigkeit zu geben durch Schaffung einer Zentralstelle, der die Leitung der Agitation zu übertragen wäre.

Die Mandatsprüfungskommission beantragt, alle 23 Mandate für gültig zu erklären. Das geschieht.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. Das Wort erhält

Busch-Hamburg: Es sei notwendig, sich im einzelnen die Ergebnisse der Organisationsentwicklung anzusehen. Redner führt nach Prozenten das Auf und Ab in den einzelnen Bezirken an. Die Fort- und Rückschritte seien nicht immer durch die Verhältnisse bedingt, oft genug treffe auch Personen die Schuld, und solche Fälle scheinen mit vorzuliegen; hier sollte der Hauptvorstand keinesfalls irgendwie hinter dem Berge halten, sondern reinen Wein einschenken. Das wäre nützlich, als solange bei der Protestelei zu verweilen. Er fordere den Zentralvorsitzenden auf, sich über die Personen frei auszusprechen. Der Kassenrückgang sei viel weniger auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen, als man das immer betone. Wenn Schmidt sich in der letzten Zeit so aufgeregt, so führe er das auf dessen Überarbeitung zurück. Es ist unverantwortlich, daß man Schmidt zugemutet hat, die letzten zwei Monate lang zwei Organisationen zu leiten. Im dritten Bezirk (Frankfurt) scheine der Rückgang auf die Schuld des Beamten zu fallen.

Kwasnik-Berlin: Die Hamburger Proteste würden, da sie fast regelmäßig wiederkehrten, von den übrigen Mitgliedern am Ende nicht mehr ernst genommen. Die Berliner hätten aber durchaus keine Animosität gegen Hamburg, wären sogar einverstanden, daß der Ausschuß nach dorthin verlegt wird.

Kretschmann-Remscheid nimmt die Hamburger in Schutz und verteidigt deren Haltung. Den Beamten müsse gesagt werden, daß sie sich mehr nach den Wünschen der Mitglieder zu richten hätten. Redner greift in heftigen Worten das Beamtenwesen allgemein an, die Beamten seien wohl bestrebt, die Organisation in der Breite zu entwickeln, aber nicht in der Tiefe.

Bremer-Dortmund: Der Hamburger Protest gegen die Generalversammlung sei ein übereilter gewesen. Die Protestelei habe in der Agitation mancherlei geschadet. Künftighin müßte der Hauptvorstand jedoch in solchen Sachen zuerst mehr mit den Mitgliedern Fühlung nehmen.

Jansson-Berlin wendet sich gegen die von Klus gegen ihn gerichteten Angriffe, die absolut unbegründet seien. Was seinen seinerzeitigen Rücktritt von dem Beamtenposten im Verband betreffe, so sei über die Gründe niemand besser unterrichtet als Klus selbst. Reden, wie Kretschmann eine solche eben gehalten, geizten sich wahrlich nicht. Den besten Beweis für die Notwendigkeit der Generalversammlung erbringen die vielen vorliegenden Anträge. Haucke habe die Verhältnisse im fünften Bezirk nicht eingehend genug geschildert, wir müßten von ihm wissen, auf welche Weise er eine Gesundung bezw. nützliche Regelung erhoffe.

Cirsovius-Hamburg: Anregungen auf Gründung einer Lokalorganisation in Hamburg seien dort von einigen Mitgliedern gekommen, die durchaus keinen Einfluß haben, und habe man derlei

Bestrebungen stets entschieden abgewiesen. Der Hauptvorstand habe seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Der Erfolg der Agitation in den Bezirken hänge viel von den Personen ab, die sie leiten. In Hamburg sei eine große umfangreiche Einzelagitation ohne Unterlaß betrieben worden; daran habe es im fünften Bezirk offenbar gemangelt. Redner befürwortet einen Hamburger Antrag, der die Anlegung eines Verzeichnisses ausgeschlossener Mitglieder bezweckt. Wir sollten aus allen Debatten künftighin jedes Persönliche ausschalten und immer im Auge behalten, daß wir eine Kampforganisation sind.

Halle-Frankfurt a. M. verbreitet sich über die Ursachen des Mitgliederrückganges im süddeutschen Bezirk; in Frankfurt speziell ist ein Fortschritt zu verzeichnen.

Gehse-Berlin: Es fehlt häufig an den für die Agitation geeigneten im Beruf tätigen Personen, da diese aufreibende Tätigkeit zu sehr abschreckt.

Ein Antrag auf Debatteschluß findet Annahme.

Zentralvorsitzender Gg. Schmidt (Schlußwort): Die in der Debatte gegen den Hauptvorstand erhobenen Vorwürfe seien nicht stichhaltig. Im übrigen habe er sich im Geschäftsbericht genügend ausgesprochen. Die Angriffe Kretschmanns gegen die Beamten seien unverständlich, die echte Beamtenhetze, wie sie bedauerlicherweise von gewissen andern Seiten außerhalb unsrer Organisation betrieben werde. Er persönlich wehre sich dagegen, sich ohne Grund einfach abrüffeln zu lassen. Er bedaure, daß der Hauptvorstand gezwungen war, sich mit Hamburg auseinanderzusetzen. Die Aussprache werde hoffentlich das Ergebnis zeitigen, daß künftighin sich ein besseres gegenseitiges Vertrauensverhältnis entwickle.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dem Hauptvorstand wird auf Antrag Lorenz-Wannsee einstimmig Entlastung erteilt.

Antrag Hamburg, ein Verzeichnis ausgeschlossener Mitglieder anzulegen, wird angenommen. Ebenso der Antrag Hamburg und Frankfurt a. M., den Sitz des Ausschusses nach Hamburg zu verlegen, letzterer einstimmig.

Es folgt der

#### Bericht über die Presse,

der vom Redakteur Otto Albrecht erstattet wird. Die Verbandszeitung hat seit dem 1. Januar 1908 eine kleinere Schriftart für den Text erhalten, wodurch der Inhalt um zirka 2 1/2 Spalten Raum erweitert werden konnte. Das Zeitungspapier ist im Gewicht herabgesetzt worden, seine frühere Güte jedoch beibehalten. Die Auflageziffer bewegte sich in der zweijährigen Geschäftszeit um 6500 bis 6800. Das Inseratengeschäft bringt jährlich rund 2500 Mk. Den Charakter eines Verbandsorgans des Schweizerischen Gärtnerverbandes gab die Zeitung mit dem zweiten Halbjahr 1908 auf, da die schweizerischen Kollegen sich dem Lebens- und Genußmitarbeiterverband der Schweiz angeschlossen haben und nunmehr dessen Zeitung beziehen. Der schweizerischen Bewegung konnte nur geringe Aufmerksamkeit zugewendet werden, weil von dort die Berichterstattung versagt hat. Seit Anfang 1908 kam aber in Österreich bzw. in dessen Hauptstadt Wien eine neue und größere Bewegung auf, die von unsrer Zeitung laufend und nachhaltig unterstützt worden ist. Die Mitarbeit der Kollegen ließ zu wünschen übrig auf fachbildendem Gebiete; diese Klage wurde bereits der vorigen Generalversammlung unterbreitet und müsse jetzt leider wiederholt werden. Da für solche Mitarbeit genügend befähigte Mitglieder vorhanden, sollten diese ihre bezüglichen Kenntnisse auch anbringen. Redner geht nun auf die zum Punkt „Presse“ gestellten Anträge ein. Ein Antrag Mannheim verlangt, die Redaktion möge die Beschlüsse der Bezirkskonferenz, betreffend Artikel über die Verhältnisse der Gärtner und Gartenarbeiter in Gemeindebetrieben, in Zukunft mehr berücksichtigen. Dazu ist zu sagen: Soweit die Redaktion über derlei Verhältnisse selbst unterrichtet ist oder unterrichtet wurde, hat sie diesen volle Berücksichtigung zuteil werden lassen; soweit hier ein Mangel empfunden werde, sei dieser der mangelhaften Berichterstattung von seiten der zuständigen Zweigvereine zuzuschreiben. Ähnlich liege es mit dem Antrage Leipzig, der einen Beschluß verlangt, daß wichtige Versammlungsberichte, Beschlüsse oder Resolutionen, die dem Hauptvorstand mit dem Verlangen um Veröffentlichung in der Zeitung übersandt werden, unverzüglich zum Abdruck gelangen. Leipzig habe am allerwenigsten Grund, sich hier irgendwie zurückgesetzt zu fühlen. Anders allerdings liege es mit dem Antrage Frankfurt a. M., der da fordert, der Redakteur solle mehr als bisher mit den Massen Fühlung nehmen, um jederzeit zu dem, was die Mitglieder bewegt, Stellung nehmen zu können, und mit dem Antrage München, der

Inhalt unsrer Zeitung soll den Bedürfnissen der Leser mehr angepaßt werden. Über diese Punkte lasse sich reden. Redner gibt zu, daß, wenn der Redakteur stets nur an sein Büro gebannt, er sehr wohl den Dingen entfremdet werden könne. Wenn der Frankfurter Antrag das Ziel habe, der Redakteur solle mehr an Agitationsreisen teilnehmen, so stimme er diesem Grundgedanken zu. Das in einem andern Antrage von München gestellte Verlangen, die Agitationsreisen von seiten der Hauptverwaltung einzuschränken, wirke dem angeführten Ziele allerdings entgegen. Zum Schluß noch die Anträge, die mit der geplanten „Finanzreform“ des Verbandes zusammenhängen. Hamburg will da zunächst ein geringwertigeres Papier verwendet wissen, das gleiche auch München, letzteres fügt hinzu: „im gleichen Format und gleicher Qualität wie andre Gewerkschaftsblätter“. Hamburg will nun ferner den Umfang der Zeitung um den vierten Teil eingeschränkt haben. Ich bitte, dieses glatt abzulehnen, und schlage Ihnen im übrigen die Annahme folgender Resolution vor:

„I. Die Generalversammlung erachtet die Presse als die wichtigste Waffe zur Unterstützung der von der Organisation zu führenden Kämpfe aller Art. Für die Zwecke der wirtschaftlich-sozialen Aufklärung und Erziehung der Kollegen gibt es kein Mittel, das dieser Aufgabe mehr dienen könnte als die Verbandszeitung. Für die Angehörigen des Gärtnerberufs spielt eine gut unterrichtende, im Sinne der modernen Arbeiterbewegung geleitete Zeitung eine so große Rolle, als das Prozentverhältnis derer, die Leser der politischen Parteipresse sind, sehr gering ist und nach Lage der Dinge leider auch nicht zu erwarten steht, daß darin bald eine nennenswerte Änderung zum Bessern eintreten wird.

Die Generalversammlung erachtet die achteläge Ausgabe der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“ in der gegenwärtigen Stärke und Ausgestaltung als eine Eroberung, von der nichts preisgegeben werden darf, wenn die Organisation nicht in ihrer Schlagkraft geschwächt werden will. Eine aus Verringerung des Umfangs der Zeitung zu machende Geldersparnis wäre nicht zu rechtfertigen gegenüber der damit gleichzeitig erfolgenden Einbuße in erzieherischer, moralischer und agitatorischer Hinsicht.

Die Generalversammlung beschließt darum: Alle Anträge auf Einschränkung des Umfangs der Zeitung werden abgelehnt.

II. Mit Beziehung auf die Güte des Papiers der Zeitung nimmt die Generalversammlung davon Kenntnis, daß alle Gewerkschaften bestrebt sind, dieses Material zu verbessern. Auch die äußerliche Vornehmheit einer Zeitung ist auf ihre Beliebtheit bei den Lesern nicht ganz ohne Einfluß, und kann man sich darum der Einsicht nicht verschließen, daß diese Ausstattung auch eine gewisse agitatorische Seite in sich birgt. Ebenfalls wird von der Güte der äußeren Ausstattung der Ordnungssinn in mancher Beziehung beeinflusst. Schließlich aber könnte die derzeitige Güte des Papiers unsrer Zeitung nur sehr wenig herabgedrückt werden; eine Geldersparnis daraus wäre lächerlich gering.

Die Generalversammlung beschließt darum: auch an der Papierqualität soll nichts geändert werden.“

Kummer-Hamburg anerkennt den ersten Teil der Resolution als richtig, kann aber nicht zugeben, daß durch Verkleinerung der Zeitung die Agitation geschwächt werde und verteidigt den betreffenden Hamburger Antrag. Mit der Haltung der Redaktion wären die Hamburger im allgemeinen einverstanden.

Ehrlich-Leipzig spricht gegen eine Verkleinerung der Zeitung.

Kühn-Hannover ist mit einer Verkleinerung ebenfalls einverstanden. Gegen die Redaktion habe er den Vorwurf zu erheben, die Zeitung sei in ihrer Haltung zu radikal geworden, das politische Moment werde zu stark betont. Persönlich habe Redner ja nichts dagegen, aber man müsse doch das Mitglieder-material berücksichtigen, und dieses sei dazu nicht geeignet. Überlassen Sie die Agitation für die Partei den Vertrauensleuten in der Organisation. Dem Redakteur soll die Weisung erteilt werden, die politischen Artikel künftighin möglichst aus der Zeitung fernzuhalten.

Kretschmann-Remscheid ist mit der Betonung des politischen Moments ganz und gar einverstanden. Kühn sehe die Verhältnisse zu sehr durch die blaue Brille an. Wären die Vertrauensleute selbst genügend politisch gebildet, so würde das schon etwas anders sein, aber daran mangle es, diese bedürften meist selbst noch der Schulung.

Thull-Düsseldorf ist mit der Haltung der Zeitung einverstanden. Herausbleiben könnten die

langen Berichte über die Arbeitersekretariate, Gewerkschaftskartelle und dergleichen. Den Standpunkt Schmidts, den dieser gelegentlich als stellvertretender Redakteur gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“ eingenommen, billige er. Die Zeitung solle in dem jetzigen Umfang erhalten bleiben, aber vielleicht könnte billigeres Papier verwendet werden.

Bremer-Dortmund erachtet es als dringend notwendig, durch die Zeitung auch politische Aufklärung zu verbreiten. Redner bemängelt, daß im Annonceenteil Arbeitsmarktinserate aufgenommen werden, in denen Privatgärtnern entwürdigende Nebenarbeiten zugemutet werden. Auf keinen Fall dürfe man die Zeitung verkleinern.

Rolke-München: Die bayrischen Kollegen sind mit der Haltung der Zeitung einverstanden. Die Münchner hätten aber den Wunsch, daß nicht so viel Statistiken gebracht werden. Er erge auch im Auftrage der Münchner Kollegen an, die Zeitung solle künftighin in einer Arbeiterdruckerei hergestellt werden.

Fuchs-Frankfurt a. M. bemängelt, daß in den letzten Nummern zuviel persönliche Polemiken stattgefunden haben, solche sollten künftighin vermieden werden. Mit dem Zeitungsinhalt sei man in Frankfurt ganz einverstanden.

Knoll (von der Generalkommission) wendet sich dagegen, eine Verkleinerung der Zeitung vorzunehmen. Auch die Statistiken zu bringen ist notwendig. Für die meisten Arbeiter sind heute immer noch die Gewerkschaftsblätter das einzige von ihnen gelesene Arbeiterblatt. Eine allgemeine Kürzung der Artikel verursache noch mehr Redaktionsarbeit, als die Aufnahmen der längeren. Der Redaktion dürfe in keiner Weise die Tätigkeit eingeeignet werden. Jede finanzielle Ersparnis durch Verkleinerung der Zeitung könne nur Schaden für Agitation und für Erziehung der Mitglieder im Gefolge haben.

Lindenblatt-Berlin: Die Berliner Kollegen verwerfen die Hamburger Anträge, die Zeitung zu verkleinern, und sind mit der redaktionellen Haltung der Zeitung, auch bezüglich der politischen Artikel, einverstanden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Nach einem Schlußwort von Albrecht werden die zum Punkt „Presse“ gestellten Anträge zur Abstimmung gestellt.

Antrag Frankfurt, der Redakteur soll mehr persönliche Fühlung mit den Mitgliedern nehmen, wird dem Redakteur zur Berücksichtigung überwiesen. Ebenso ein Antrag, die Verhältnisse der in Gemeindebetrieben tätigen Gehilfen und Arbeiter mehr zu berücksichtigen. Antrag Leipzig, wichtige Beschlüsse oder Resolutionen ohne Verzug in der Zeitung abzudrucken, wird abgelehnt. Gegen drei Stimmen wird auch der Antrag Hamburg, die Zeitung zu verkleinern, abgelehnt. Der Antrag, andres Papier zu verwenden, wird dem Hauptvorstande als Material überwiesen, ebenso die Anregung, die Zeitung in einer Arbeiterdruckerei herstellen zu lassen. Abgelehnt wird der Antrag, im redaktionellen Teil eine Rubrik „Vereinsanzeiger“ einzurichten. Abgelehnt wird auch, die Zeitung gehöfeter herauszugeben.

Eine Resolution Hannover, dem Redakteur den bestimmten Auftrag zu erteilen, die Artikel parteipolitischer Tendenz allgemeinen Charakters aus der Zeitung fortzulassen, weil die Wirkung dieser Artikel für die Organisation direkt schädigend sei, findet nicht die genügende Unterstützung (es erhebt sich dafür nur eine Hand).

Nach diesem Ergebnis erklärt Albrecht, daß er seine vorgelegte Resolution als ihrem Sinne nach erledigt betrachte.

Damit ist auch der ganze Punkt „Presse“ erledigt. Morgen früh beginnen die Verhandlungen über „Agitation und Organisation“.

Berlin, 13. August.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Nach Eröffnung der heutigen Vormittagssitzung gibt Zentralvorsitzender Schmidt gegenüber gestern gegen ihn gefallene Äußerungen eine längere persönliche Erklärung ab. Es handelte sich um eine angeblich schwere Differenz zwischen dem Hauptvorstand und Jansson. Es wird aus der vorliegenden Korrespondenz festgestellt, daß die dadurch hineingetragene Mißstimmung gänzlich grundlos ist.

Der Hauptvorstand beantragt, die schwedischen Arbeiter in ihrem bewundernswürdigen großartigen Kampf gegen das dortige Unternehmertum aus der Hauptkasse mit 500 Mk. zu unterstützen. Dies wird beschlossen.

Es folgt der Punkt 3: Agitation und Organisation. Als erster Referent erhält über

### Agitation und Organisation

#### a) Allgemeines

Busch-Hamburg das Wort. Er führt aus: In der Agitation müssen die besonderen Verhältnisse in jeder einzelnen Branche, in den Bezirken und Orten sowie auch das Lebensalter der zu Gewinnenden Berücksichtigung finden. Mündliche und schriftliche Agitation muß Hand in Hand gehen. Nach erfolgter Aufnahme muß unausgesetzt Aufklärungsarbeit betrieben werden, um den Gewonnenen Überzeugung und Pflichtgefühl einzuprägen. Es muß ein gesunder Idealismus gepflegt werden im Sinne moderner Klassenkenntnis. Es wäre aber falsch, ausgesprochene Parteipolitik mit zu treiben. Wer erst klar denken gelernt hat, wird schon ganz von selbst zur Partei kommen. Im Betriebe des Unternehmers soll jeder Kollege als Berufsarbeiter voll seine Arbeitspflicht tun, damit er sich die Achtung des Unternehmers erzwingt und so auch sich möglichst dem Unternehmer „unersetzlich“ macht. Es soll weniger auf die schlechten Zustände und die Brutalität der Unternehmer herumgepackt werden, vielmehr sei zu betonen: Nur die Organisationslosigkeit ist schuld an jenen Verhältnissen. Sehr wichtig ist die Agitation in den einzelnen Betrieben, über deren Vorhandensein Listen angelegt werden sollen. Die Versammlungen sind möglichst interessant zu gestalten durch Vorträge aller Art, auch fachwissenschaftlicher. Die dazu vorhandenen Kräfte sollen angeregt werden, ihr Wissen zur Geltung zu bringen. Der Ehrgeiz des Einzelnen muß angestachelt und der Organisation nutzbar gemacht werden dergestalt, daß alle Kräfte sich entwickeln können. Jeder muß den für ihn richtigen Platz einnehmen, der Agitator muß zu dem Zwecke sich die entsprechende Personenkenntnis verschaffen. Zur Belehrung sollen leicht verständliche, kleine Broschüren verbreitet werden. Ein Verzeichnis soll die Kollegen auf diese Literatur aufmerksam machen. Die persönlichen Geldauslagen sollen dem Einzelnen aus der Vereinskasse ersetzt werden, weil sonst bei den schlechten Löhnen selbst die Regsten am Ende erlahmen. Allesogenannte terroristischen Agitationsmittel sind unbedingt zu verwerfen. Junge Kollegen werden bei den älteren keinen Erfolg haben; hier dürfen nur gleichaltrige agitieren, Landsleute zu Landsleuten, in gleicher Weise Gebildete zu ihresgleichen. Das Wichtigste ist, die Denkweise des Einzelnen zu erforschen und an diese anzuknüpfen. Flugblätter sind inhaltlich in gleicher Weise zu halten. Ebenso sollen Flugblätter gelegentlich über Einzelfragen angefertigt werden. In dieser Beziehung sind in der Verbandszeitung recht gut verwendbare Artikel erschienen. Solche Flugblätter sollen immer auf Vorrat und zur Hand sein. In den Versammlungen sollen gelegentlich belehrende Broschüren vertrieben werden. Sehr vorteilhaft lassen sich Aussprüche über die Notwendigkeit der Arbeiterbewegung von ehrlichen bürgerlichen Gegnern verwenden. Der Arbeitsapparat der Organisation darf nicht zu vielköpfig sein, ein kleineres Konsortium arbeitet viel besser. Die vielen Kommissionen sind nur schädlich. Der Vorstand der Ortsverwaltung muß überall die Leitung und Aufsicht behalten. Im Kassenswesen der Ortsverwaltungen sollte keinerlei Zersplitterung bestehen. Redner hält es für notwendig, daß für die Funktionäre der Organisation eine gute Anleitung über ihre Aufgaben im Druck herausgegeben wird. Die Bestände aller Ortskassen sollten von der Hauptkasse mit verwaltet werden, schon darum, weil sie hier sicherer gestellt sind. Es ist notwendig, die Bezirkskassierer für ihre Mühewaltung zu entschädigen, etwa pro verkaufte Marke mit 3 Pfg.; solche Ausgabe würde sich durch erhöhte Arbeitsfreudigkeit sehr gut rentieren. Auch der kleinste Zweigverein sollte die Hauskassierung durchführen. Als sehr gutes Agitations- und Organisationsmittel ist der Arbeitsnachweis und seine Pflege, allenthalben zu empfehlen, ganz besonders auch für Herrschaftsgärtner. Man muß hier auch mit den statistischen Ergebnissen der Arbeitsnachweise propagieren. Über die Lage des Arbeitsmarktes müssen die einzelnen Stellen sich laufend gegenseitig unterrichten. In den Ortsverwaltungen soll für Beschlußfassungen nicht die Plenarversammlung, sondern eine Vertreterversammlung zuständig sein. Jeder, der sich für Agitations- und Organisationsarbeit hergibt, muß sich von vornherein klar sein, daß er davon keinen Dank ernten kann, sondern daß er nur seine sozialmoralische Pflicht erfüllt. (Allgemeiner Beifall.)

Es folgt das Referat über

**Agitation und Organisation in der Herrschaftsgärtnerei,** das Löcher-Grunewald erstattet. Er führt aus: Früher haben sich die Herrschaftsgärtner (Privat-

gärtner) in verhältnismäßig größerer Zahl am Vereinsleben beteiligt. Daß sie heute weniger vorhanden, obzwar sie vielfach den Stamm bilden, liegt daran, daß sie früher nicht genügend erzogen wurden. Sie haben sich dann zurückgezogen und halten sich fern, weil in den letzten Jahren die Vereinsbeiträge ihnen zu sehr gestiegen sind. Die Privatgärtner sind allzugroße Materialisten (in des Wortes finanzieller Sinne). Von dem Unterstützungswesen glauben sie in ihren Verhältnissen nicht genügend Gebrauch machen zu können. Redner verbreitet sich beispielsweise über die derzeitigen bezüglichen Verhältnisse in Berlin, wo Privatgärtner sogar dadurch abgestoßen wurden, daß hier 1904 alle Vorortsverwaltungen zur straffen Zentralisation bestimmt worden sind. Bezüglich der wirtschaftlich-sozialen Lage der Privatgärtner verweist Redner auf die Albrecht'sche Broschüre. Nichtgärtnerische Nebenarbeiten bilden die Regel, weil im Wesen der Privatgärtnerei begründet; hiergegen sei grundsätzlich natürlich nichts weiter zu sagen. Der Standesdünkel ist wohl sehr stark entwickelt, aber sein Grad wird auch überschätzt. Wenn man die Privatgärtner für die Organisation gewinnen will, muß man auf ihre Sonderbedürfnisse Rücksicht nehmen. Über die Einrichtung von besonderen Sektionen dürften bei uns jetzt die Meinungen allgemein zustimmend lauten; anders im Beitragswesen; da ist Streit, ob man einen niedrigeren Beitrag zulassen soll oder nicht. Redner bejaht für seinen Teil diese Frage. Überschätzt wird von den Kollegen oft das angebliche Klammern an der Fachsimpelei. Das wichtigste Rekrutierungsfeld sind die Villengärtner.

Redner empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

In Erwägung, daß der Gärtnerberuf nur als Ganzes zu betrachten ist und alle Branchen ein und dieselben Interessen zu vertreten haben, sowie daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Privatgärtner nur auf Grund von erzielten Verbesserungen der gewerblichen Gärtnerei gehoben werden können, sowie daß der Einzelne im wirtschaftlichen Kampfe dem Unternehmer resp. der Herrschaft gegenüber machtlos ist, haben die Privatgärtner die Pflicht, sich der Berufsorganisation anzuschließen.

Da nur eine große, starke, auf zentraler Grundlage aufgebaute Organisation aktions- und leistungsfähig sein kann, ist auf eine Zusammenfassung der zur Zeit bestehenden lokalen Privatgärtnerorganisationen resp. Lokalvereine hinzuwirken, sowie jeden weiteren Zersplitterungsversuchen mit Nachdruck entgegen zu treten.

Um diese Bestrebungen nach Möglichkeit zu erleichtern, sowie die besondern Interessen der Privatgärtner besser als bisher wahrnehmen zu können, wird eine „Sektion der Privatgärtner“ gebildet.

Die Vorstände der Agitationsbezirke haben überall, wo es zweckdienlich erscheint, die Agitation unter den Privatgärtnern aufzunehmen, eventuell bezirksweise Konferenzen der Privatgärtner abzuhalten.

Die endgültige Organisation soll einer von Vertretern der Privatgärtner in Berlin abzuhaltenden Konferenz der Privatgärtner vorbehalten bleiben.

Den Mitgliedern dieser Sektion ist es frei gestellt, welcher Beitragsklasse dieselben angehören wollen.

Aus andern Organisationen übertretenden Mitgliedern soll der früher geleistete Beitrag auf die jeweilige Beitragsklasse angerechnet werden. Desgleichen findet eine Umrechnung bei dem Übertritt in eine andre Beitragsklasse statt.

Die in der jeweiligen Klasse zu gewährenden Arbeitslosenunterstützung kann auch als Umzugsunterstützung, oder in Krankheitsfällen (bei Lohnausfall) als Krankenunterstützung gezahlt werden.

Mitglieder der Sektion, welche 10 bis 15 Jahre unterstützungsberechtigte Beiträge geleistet haben, oder 50 bis 55 Jahre alt sind, keine Unterstützung bezogen haben, können sich durch Zahlung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pfennig die Anwartschaft auf Sterbegeld, sowie die Mitgliedschaft erhalten, falls dieselben in eine Branche resp. andre Beitragsklasse übertreten wollen. Die Zeitung soll auch diesen Mitgliedern gratis geliefert werden.

Der Ausbau eines geordneten Stellennachweises für Privatgärtner ist gleichfalls mit zu berücksichtigen.

Das Referat über

**Agitation und Organisation in Stadtgärtnereien** erstattet Kaiser-Frankfurt a. M. Redner erörtert einleitend den sozialwirtschaftlichen Charakter der Betriebe als öffentliche Einrichtung und deren technische Entwicklung, daran schließend, gestützt auf zumeist amtliches Material, Arbeitszeit, Löhne und sonstige das Arbeitsverhältnis angehende Ver-

hältnisse, in denen teils schwere Mißstände vorhanden sind; letztere stehen in Konkurrenz mit den gewerblichen Landschaftsgärtnereien. Große Klage sei zu führen gegen die Saisonbeschäftigung der sog. „nichtständigen“ Arbeiter, wodurch oft die Hälfte lange Zeit arbeitslos wird. Es kommt vor, daß Nichtständige jahrzehntelang in dem gleichen Betriebe tätig sind, ohne zu Lohnerhöhungen zu kommen; sie werden schon deshalb von Zeit zu Zeit entlassen, damit sie keine „Ständige“ werden. Redner trägt umfangreiches Material vor und geht dann auf die Organisationsfrage ein; er reklamiert alles Arbeitspersonal dieser Betriebe für die Gärtnerorganisation. Der Zustand, daß gegenwärtig der Gemeindegärtnereiverband seine Hand auf die Stadtgärtnereien legt, dürfte nicht bestehen bleiben. Der Gemeindegärtnereverband habe nicht einmal den mit der Gärtnerorganisation abgeschlossenen Kartellvertrag loyal gehalten; offiziell zwar ist da gegen nichts unternommen, destomehr aber von hinten her durch „unverantwortliche“ Mitglieder. Redner führt dafür eine Anzahl Beispiele an, so inbetriff Karlsruhe i. B. und Mülhausen i. E. Redner legt eine Resolution vor, wonach die Generalversammlung zum Ausdruck bringt, daß auch für die Stadtgärtnerei-Arbeiterschaft nur der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein als die allein zuständige Organisation in Frage kommt, und die Versammlung sich vollinhaltlich auf den Standpunkt des Hamburger Gewerkschaftskongresses stellt und die Resolution über Grenzstreitigkeiten in allen Einzelheiten billigt. Der Hauptvorstand wird demnach beauftragt, mit dem Verband der Gemeindegärtner erneut in Unterhandlungen zu treten, um eine präzisere Fassung des Kartellvertrages herbeizuführen, wobei vor allem die Grenzstreitigkeits-Resolution zu voller Geltung gebracht werden soll.

Nach einigen Erörterungen über die zu dem Punkte vorliegenden Anträge schließt Redner bei allgemeinem Beifall. Resolution Kaiser lautet: „Da alle im Gartenbau beschäftigten Personen, ganz gleich ob diese in der Gewerbe-, Privat-, Stadt- oder staatlichen Gärtnereien ihr Brot verdienen, ein volkswirtschaftliches Ganzes bilden, erklärt die neunte Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins inbetriff der Stadtgärtnereiarbeiterschaft:

1. Die wirtschaftliche Lage der in kommunalen Betrieben beschäftigten Kollegen ist derjenigen unsrer Berufsgenossen in den gewerblichen Gärtnereien gleich zu erachten.

2. Die Stadtverwaltungen arbeiten in demselben Maße wie die Unternehmer unsres Gewerbes kapitalistisch. Auch sie versuchen die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst niedrig zu erhalten. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß in den Stadtparlamenten das moderne Unternehmertum den entscheidenden Einfluß ausübt. Dieses Unternehmertum wird immer bestrebt sein, die Löhne der städtischen Arbeiter ebenso niedrig zu erhalten, wie in der Privatindustrie. Diese Tatsache wird durch Verhältnisse allerorts erhärtet.

3. Bei dem gewerkschaftlichen Kampfe der gärtnerischen Arbeiterschaft handelt es sich vor allem darum, sämtlichen Berufsgenossen wirtschaftlich zu helfen. Eine einzelne Kategorie ist hierzu unfähig. Erstens aus den unter Absatz 2 angeführten Gründen und zweitens: Da, selbst wenn ihr das gelänge, die große Masse der Kollegen als Lohnrucker, wenn auch ungewollt, auftreten müßte. Jeder Arbeiter hat das Bestreben, möglichst viel zu verdienen und deshalb würde auf solche Betriebe ein wahrer Wettlauf heraufbeschworen, der im Gefolge hätte, daß die Stellungen der Bessergestellten erschüttert würden.

4. Soll daher die wirtschaftliche Lage der Gärtnerarbeiterschaft gehoben werden, so ist dies dauernd nur dann möglich, wenn sie sich in ihrer Gesamtheit in einer einheitlichen Berufsorganisation zusammenschließt. Nur dann, wenn die Verhältnisse in der gewerblichen Gärtnerei, als dem Kern des Berufes, gebessert worden, wird es möglich sein, die Position unsrer Kollegen in den Stadtgärtnereien zu festigen und zu heben.

5. Die Generalversammlung bringt daher zum Ausdruck, daß auch für die Stadtgärtnereiarbeiterschaft nur der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein als die allein zuständige Organisation in Frage kommt. Sie stellt sich vollinhaltlich auf den Standpunkt des Hamburger Gewerkschaftskongresses und billigt die Resolution über Grenzstreitigkeiten in allen Einzelheiten.

6. Der Hauptvorstand wird beauftragt, mit dem Verband der Gemeindegärtner erneut in Unterhandlungen zu treten, um eine präzisere Fassung des Kartellvertrages herbeizuführen. Dabei muß vor allem die Grenzstreitigkeitsresolution zu voller Geltung gebracht werden.

## Nachmittagssitzung.

Die Diskussion über die drei Referate nahm die ganze Nachmittags-Sitzung in Anspruch. Wesentliche Einwendungen gegen die von den Referenten vertretenen Anschauungen wurden nicht erhoben. Es handelte sich in der Hauptsache um Darlegung örtlicher Verhältnisse und Vertretung örtlicher Anträge in Bezug auf Organisation und Agitation. Vereinzelt wurde dem Gemeindegärtnerverband nachgesagt, daß er, zwar nicht offiziell, aber durch den einen oder andern Funktionär, städtische Gärtner aufzunehmen sich bemühte. — Darauf erhielt ausnahmsweise das Wort der Vertreter des Vorstandes des Gemeindegärtnerverbandes

Riedel-Berlin: Das von Kaiser vorgetragene Material über städtische Lohnverhältnisse ist teils veraltet. In den Stadtgärtnereien sind weniger Personen beschäftigt als Kaiser angegeben habe, er schätze diese auf rund 10000, also die Hälfte der von Kaiser angegebenen Zahl. Die angeführten angeblichen Verstöße von Mitgliedern des Gemeindegärtnerverbandes gegen den Kartellvertrag seien mindestens aufgebauscht und Biertischgespräche. Der Gärtnerberufsverband könne die Interessen der städtischen Gärtner keineswegs besser vertreten als der Gemeindegärtnerverband. Daß sein Verband beschlossen habe, gegen die strittigen Gewerkschaftskongreßbeschlüsse einzutreten, sei das gute Recht des Verbandes. Redner spricht für ein gemeinschaftliches gutes Einvernehmen der beiden Verbände und meint, die Gärtner hätten ein genügend großes Agitationsfeld schon ohne die Stadtgärtnereien.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Auf sein Schlußwort verzichtet Busch-Hamburg.

Löcher-Berlin (Schlußwort über die Herrschaftsgärtnerorganisationsfrage) beschäftigt sich mit einigen gegen sein Referat vorgebrachten Einwendungen und empfiehlt die Annahme seiner Resolution.

Zu dem gleichen Punkt hatte sich, auf Veranlassung des Referenten Koll. Löcher, auch Albrecht als Referent vorbereitet; dieser legt sein Referat, um Verhandlungszeit zu ersparen, gedruckt vor. Das Referat gliedert sich in: 1. Begriff und soziale Stellung; 2. Die wirtschaftlichsoziale Lage; 3. Die Mittel zur Hebung; 4. Die zu steckenden Ziele, und kommt zu folgenden Vorschlägen:

I. Um die Herrschaftsgärtner künftighin in größerer Zahl als bisher unserer Organisation zuzuführen und an diese zu fesseln, genügt es nicht, nur denselben ihre Lage zu schildern und die Ziele vor Augen zu führen, denen sie zum Zwecke der Hebung zusteuern sollen; es genügt auch nicht, wenn ausserdem noch an ihr Pflichtbewusstsein appelliert wird. Jeder Mensch ist in erster Linie Selbstsuchter, er fragt immer erst, welche unmittelbaren Vorteile ihm aus einer Organisation erwachsen, zu denen er direkte Geldbeiträge leisten soll. Unsere Herrschaftsgärtner-Kollegen insbesondere sind im allgemeinen ziemlich stark selbstsüchtig. Wenn sie auch wissen, dass z. B. es die kämpfenden Kollegen in der Gemeindegärtner sind, denen sie die allmähliche Hebung ihrer Lage verdanken, so sind sie (in ihrer grossen Masse) doch noch lange nicht geneigt, diesen Dank in irgend einer Form abzutragen, insbesondere aber weichen sie der Organisationspflicht aus.

Wollen wir die Herrschaftsgärtner in grösserer Anzahl unserer Organisation zuführen und dieser erhalten, dann müssen wir unsere Organisationseinrichtungen deren Anschauungen und Bedürfnissen mehr anpassen suchen, als das heute der Fall ist, und zwar ist zu empfehlen:

1. Von den Gutsgegnern eine Wochenbeitragsleistung von 25 Pfg. zu erheben, wofür Zeitung, Rechtsschutz, Stellenanzeige und Bibliothekbenutzung gewährt wird; dazu eine freiwillige Beitragsklasse von 35 Pfg., die ausserdem noch auf Umzugsunterstützung, event. Krankengeldzuschuss und Sterbegeld Anspruch gibt.

2. Die in sogen. selbständigen Stellungen befindlichen Villengärtner können event. mit den gleichen Mitteln erfasst werden. Der praktischen Anwendung steht aber der für die Kollegen in gewerblichen Betrieben höhere Beitrag hindern im Wege. In Rücksicht auf letztgenannten Umstand empfiehlt es sich, für solche Villengärtner den 25 Pfg.-Beitrag nebst Ortszuschlag zuzulassen und dafür nur zu bieten, was den Gutsgegnern für 25 Pfg. geboten werden soll. Es ist aber darauf hinzuwirken, dass alle Villengärtner sich bequem, den gleichen Beitrag zu leisten wie der am Platze sonst allgemein eingeführt und dafür die gleichen Rechte zu erwerben.

Die Bedenken gegen die hier empfohlene Sonderstellung werden behoben und aufgewogen durch den Umstand, dass jeder von der Organisation Erfasste für diese auch ein Erziehungsobjekt wird.

II. Um den Herrschaftsgärtnern die Organisation anziehender zu gestalten, ist es als zulässig zu erklären, dass überall dort, wo sich eine genügende Anzahl zusammenfindet, eine besondere „Sektion der Privatgärtner“ gebildet werden kann; je nach den örtlichen Bedürfnissen sollen solcher Sektion die Gehilfen aus Privatgärtnereien entweder fernbleiben, oder sich ihr mit anschliessen. Entscheidend für diese Regelung sollen die örtlichen Agitations- und Organisationsbedürfnisse sein.

Zur Wahrnehmung der besonderen Herrschaftsgärtnerinteressen werden die Sektionen ideell zusammengefasst durch eine Kommission, die als Reichssekktion (etwa unter dem Namen „Deutsche Privatgärtnervereinigung“) insbesondere die Stellenvermittlung für die Herrschaftsgärtner besorgt. Diese Kommission hat ihren Sitz in Berlin und wird von den dortigen Privatgärtnern gewählt. Sie untersteht direkt dem Hauptvorstande des A. D. G. V. und darf nur mit dessen Zustimmung irgendwelche Massnahmen beschliessen. An ihren Sitzungen nimmt der Hauptvorstand teil.

Kaiser-Frankfurt a. M. (Schlußwort.) Die Zahl der in Stadtgärtnereien tätigen Personen beträgt ganz

allein in Preußen rund 10000 Personen laut amtlicher Statistik. Also werden im ganzen Reiche wohl an 20000 herauskommen, und diese wachsen alljährlich mit der Ausdehnung jener Betriebe, die ganz aussergewöhnliche Entwicklungsmöglichkeiten haben. Für seine Behauptungen gegen den Gemeindegärtnerverband habe er volle Beweise in Händen. Wir müssen unsere Organisation so einrichten, daß sie uns nützt und nicht dem Gemeindegärtnerverband.

Es folgt Abstimmung über die Anträge. Die Anträge auf Namensänderung werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Über den Antrag, den Verband mit dem Landarbeiterverband zu verschmelzen, wird zur Tagesordnung übergegangen. Der Antrag, Württemberg in einen besonderen Agitationsbezirk umzuwandeln, ist zurückgezogen. Alle sonstigen Anträge auf Bezirksänderung fallen ebenfalls. Der Antrag, im 5. Agitationsbezirk einen Beamtenposten aufzuheben, wird mit 14 gegen 5 Stimmen angenommen; eingehen soll der Posten in Leipzig. Der Antrag, den Posten in Bayern aufzuheben, wird mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt, der Posten bleibt also. Der Antrag Hamburg, „jede Schaffung neuer Beamtenposten ist während der nächsten Geschäftsperiode zu unterlassen“, fällt mit 9 gegen 11 Stimmen. Der Antrag, in den östlichen Provinzen intensivere Agitation zu betreiben, wird dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Die Resolution Löcher (Herrschaftsgärtner betreffend) ruft noch eine längere Debatte hervor. Es wird zunächst beschlossen, eine Reichssekktion für Privatgärtner einstweilen nicht zu schaffen. Im übrigen soll über die Resolution morgen abgestimmt werden. Beschlossen wird, der Hauptvorstand soll im Sommer 1910 eine allgemeine Lohnstatistik aufnehmen, abgelehnt dagegen, im Herbst dieses Jahres eine besondere Statistik über die Privatgärtnereien zu veranstalten. Antrag Kühne-Hannover, es soll ein Flugblatt herausgegeben werden, das in scharfer Weise die verteuerte Lebenshaltung schildert, findet nur die Zustimmung des Antragstellers. Die Ergebnisse der Arbeitslosenstatistik sollen vierteljährlich in der Zeitung bekannt gemacht werden. Die Resolution Kaiser, betreffend Agitation und Organisation in den Stadtgärtnereien, wird in Ziffer 1 bis 5 angenommen, Ziffer 6 abgelehnt, weil man sich von erneuten Verhandlungen mit dem Gemeindegärtnerverbande nichts verspricht. Abgelehnt wird der Antrag München, die großen Agitationsreisen des Hauptvorstandes zu verbieten. Dem Hauptvorstande zur Berücksichtigung überwiesen wird ein Antrag, in Erfurt größere Agitation zu entfalten.

Punkt 3 der Tagesordnung wird damit als erledigt erklärt.

Es wird beantragt und beschlossen, eine Abendsitzung abzuhalten. Ferner wird noch eine Kommission eingesetzt, die die Wahlen vorbereiten soll.

Darauf schließt 7 $\frac{1}{2}$  Uhr die Nachmittagssitzung.

## Abendsitzung.

Hauke-Leipzig behandelt den Punkt.

## Lohnbewegungen und Streiks.

Referent unterzieht die Kämpfe der letzten Jahre einer Kritik und sucht aus den Erfahrungen die Lehren für das künftige Verhalten zu ziehen. Er kommt zu dem Schluß: Die Erfahrungen, die man bei den Streiks und Lohnbewegungen gemacht habe, bieten keinen Anlaß, die bisherige Taktik der Organisation zu ändern. — Die Diskussionsredner vertreten im allgemeinen dieselbe Ansicht. Es wurde auf die von der vorigen Generalversammlung (1907) angenommenen Leitsätze verwiesen, die auch für die fernere Zeit Geltung haben und strikte beachtet werden sollen. — Der Vertreter der schweizerischen Gärtner teilte unter anderem mit, daß nach einem Streik in Basel im Jahre 1907 eine Gärtnergenossenschaft gegründet worden sei, um den Opfern des Streiks eine Existenz zu schaffen. Die Genossenschaft habe sich aber nicht halten können, sie sei finanziell zusammengebrochen. Dies Beispiel möge den Kollegen eine Warnung vor Gründung derartiger Genossenschaften sein. — Nach Schluß der Debatte wurde folgender Antrag angenommen:

„An Stelle der 11 stündigen Arbeitszeit in einzelnen Branchen ist in Zukunft eine Höchst-arbeitszeit in der Gesamtgärtnerei von 10 Stunden zu erstreben, und wird der Hauptvorstand wie auch die Bezirksleitungen verpflichtet, in dieser Beziehung mehr als bisher aufklärend zu wirken.“

Schluß der Abendsitzung kurz vor Mitternacht.

Berlin, den 14. August 1909.

Dritter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Maetzke gibt den Bericht der Beschwerdekommission. Es lagen zwei Beschwerden vor. Den schon im Geschäftsbericht als Beschwerde be-

handelten Protest Mannheim-Ludwigshafen, betreffend die Einteilung der Wahlkreise zu den Delegiertenwahlen zur Gen.-Vslg., beantragt die Kommission, der Redaktionskommission für die Statutenberatung als Material zu überweisen. Nach einer Debatte hierzu wird dies beschlossen. In dem andern Falle schlägt die Kommission vor: „Die Generalversammlung möge beschließen: Das Verhalten des Kollegen Jos. Haisermann in den Versammlungen in Mannheim ist für eine gedeihliche Entwicklung der Organisation entschieden nicht als vorteilhaft zu bezeichnen, indem er rein persönliche Angelegenheiten rücksichtslos und auf eine verletzende Weise durchgeföhrt, und spricht ihm den schärfsten Tadel aus. Das der Generalversammlung vorliegende Material ergibt jedoch nicht Gründe genug, um einen Ausschluss des Kollegen Haisermann aus der Organisation zu rechtfertigen, und betrachtet sie den diesbezüglichen Beschluß und die Genehmigung dieses Beschlusses durch den Hauptvorstand als übereilt. Die Generalversammlung beschließt, den Ausschluss aufzuheben und Haisermann wieder in seine Rechte einzusetzen unter der Bedingung, daß Haisermann die Erklärung abgibt, unter keinen Umständen auf die früheren Streitpunkte zurück zu kommen.“

Die Angelegenheit ruft eine längere Debatte hervor, in der Zentralvorsitzender Schmidt den Antrag stellt: „Die ganze Sache nochmals zu prüfen und die Entscheidung an die Ortsverwaltung Mannheim-Ludwigshafen zurück zu verweisen. Den Koll. Haisermann zu der betreffenden Sitzung einzuladen und den Koll. Link als unparteiischen Teilnehmer und Leiter der Verhandlungen zu bestellen.“

Die Gen.-Vslg. beschließt im Sinne des Kommissionsantrages, womit Antrag Schmidt erledigt ist.

Es folgt nun der Punkt

## Beitrags- und Unterstützungswesen.

Jansson-Berlin vertritt als Referent die Vorlage des Hauptvorstandes (vergl. Nr. 23 der Allgem. Deutschen Gärtnerzeitung), die im wesentlichen von folgenden Erwägungen ausgeht: Der Vorstand sei zu seinem Bedauern nicht immer in der Lage gewesen, den berechtigten Wünschen der Kollegen in Bezug auf Lohnbewegungen nachzukommen, weil die Finanzen der Hauptkasse dazu nicht ausreichten, denn ein großer Streik koste oft mehr, als im ganzen Jahre an Unterstützungen aufzuwenden ist. Es sei notwendig, die Finanzen der Organisation zu stärken, daß sie für die wirtschaftlichen Kämpfe besser gerüstet sei, und daß sie ihre Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der Kollegen zu verbessern, in vollem Umfange erfüllen könne. Die Hauptkasse bedürfe einer jährlichen Mehreinnahme von mindestens 7000 Mk. Diese könne erzielt werden entweder durch Erhöhung der Beiträge, oder durch eine erhebliche Herabsetzung der Unterstützungen. Zu einer Einschränkung der Ausgaben durch Verminderung der Zahl der Angestellten könne sich der Vorstand nicht entschließen, weil dadurch erfahrungsgemäß auch die Einnahmen sich vermindern. Ebenso wenig könne der Vorstand eine erhebliche Herabsetzung der Unterstützungssätze befürworten. Dagegen empfehle er die Erhöhung des Grundbeitrages von 35 auf 40 Pf. und die Einführung einer freiwilligen Beitragsklasse zu 45 Pf. Für weibliche und jugendliche Mitglieder solle eine Beitragsklasse zu 30 Pf. eingerichtet werden. — Gemäß diesen drei Beitragsklassen sieht die Vorlage auch drei Klassen für die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung vor. Die Unterstützungssätze werden im Vergleich zu den bisher geltenden in der ersten (30 Pf.-) Klasse herabgesetzt, auch die Bezugszeit wird ein wenig gekürzt. Letzteres ist auch in der zweiten (40 Pf.-) Klasse der Fall, doch bleibt der jetzige Satz von 1 Mk. pro Tag bestehen und erhöht sich bei längerer Mitgliedschaft auf 1,20 Mk. Die dritte (45 Pf.-) Klasse behält die gegenwärtige Bezugszeit zumteil bei und sieht Unterstützungssätze von 1 bis 1,40 Mk. vor. Die Streikunterstützung ist ebenfalls in drei Klassen abgestuft. Sie soll betragen: In der ersten Klasse 6 Mk. für Ledige, 7 Mk. für Verheiratete; in der zweiten Klasse 9 bzw. 10 Mk.; in der dritten Klasse 10 bzw. 11 Mk. wöchentlich, außerdem Zuschläge für jedes Kind von 25, 50, 75 Pf.

Während des Referats ist ein von 13 Delegierten unterstützter Kompromißantrag eingegangen, dieser lautet:

„Es werden drei Beitragsklassen eingeführt. Klasse I mit einem Grundbeitrag von 30 Pfg., für Gutsgegnern, rückständige Lohngebiete und Bänderinnen; Klasse II mit einem Grundbeitrag von 35 Pfg. und Klasse III mit einem Grundbeitrag von 40 Pfg. pro Woche. Letzterer kann durch Beschluß der örtlichen Verwaltungen für den ganzen Bezirk einer Verwaltung oder für bestimmte Branchen obligatorisch eingeführt werden.“

Die Unterstützungen betragen in Klasse I (30 Pfg.) siehe Vorlage des Hauptvorstandes. Für Gutsgärtner wird diese Unterstützung als Umzugs-, für Bänderinnen als Krankenunterstützung gewährt.

#### Klasse II (35 Pfg.):

Nach Leistung von Wochenbeiträgen	Auf die Dauer von Tagen	Summe pro Tag	Summe pro Jahr
52	20	Mk. 0,80	Mk. 16,—
104	30	" 0,80	" 24,—
156	40	" 1,—	" 40,—
208	50	" 1,—	" 50,—
260	50	" 1,20	" 60,—

#### Klasse III (40 Pfg.):

Nach Leistung von Wochenbeiträgen	Auf die Dauer von Tagen	Summe pro Tag	Summe pro Jahr
52	20	Mk. 1,—	Mk. 20,—
104	30	" 1,—	" 30,—
156	40	" 1,20	" 48,—
208	50	" 1,20	" 60,—
260	50	" 1,40	" 70,—

Als Grundsatz dieser Vorlage gilt folgendes: Der Abrechnungsmodus der örtlichen Verwaltungen mit der Hauptkasse bleibt für die nächste Geschäftsperiode der bisherige. Von den verkauften Marken der Klasse III fließt das Mehr von 5 Pfg. voll in die Hauptkasse.

#### Streikunterstützung:

Klasse I Ledige	Mk. 6,—	Verheiratete	Mk. 9,—
" II	" 9,—	"	" 11,—
" III	" 10,—	"	" 12,—

dazu die heutigen Sätze für die Kinder.

Unterzeichnet: Babinski, Busch, Cirsovius, Gehse, Kayser, Klus, Kühne, Kummer, Kwasnik, Lindenblatt, Lorenz, Schmidt, Thull, Vogel. —

Es wird zunächst auf Antrag beschlossen, zu diesem Punkt (weil bereits in der Zeitung ausgiebig diskutiert) von jedem Agitationsbezirk nur einen Redner sprechen zu lassen.

Busch-Hamburg vertritt den Kompromißantrag, ebenso Thull-Düsseldorf, dieser wünscht jedoch eine Bestimmung, die den größeren und leistungsfähigeren Orten die Einführung des 40 Pfg.-Beitrags zur Pflicht machen soll. Fuchs-Frankfurt a. M. spricht zur Vorlage des Hauptvorstandes, ebenso Rolke-München, letzterer verlangt, die Beitragserhöhung solle nicht der Hauptkasse, sondern den Ortsklassen zufließen. Haucke-Leipzig und Lindenblatt-Berlin befürworten den Kompromißantrag.

Der Vorsitzende Löcher gibt eine Erklärung ab, die Mitglieder des Hauptvorstandes hätten sich verständigt, ihre Vorlage zugunsten des Kompromißantrages zurückzuziehen.

Jansson erklärt in seinem Schlußwort, daß man befriedigt sein könne, eine Einigung auf mittlerer Linie erreicht zu haben. Der Kompromißantrag werde das vom Hauptvorstand erstrebte Ziel zwar nur langsam, aber er werde es wenigstens erreichen, zumal, wenn die Anregung Thull mit zum Beschluß erhoben werde.

Thull beantragt nun: „Klasse III (40 Pfg. Beitrag) ist für bestimmte Orte obligatorisch einzuführen. Die Orte sind durch Hauptvorstand, im Verein mit den Bezirksvorständen und dem Ausschuß, zu bestimmen.“

Die Generalversammlung beschließt mit 18 gegen 1 Stimme die Annahme des Kompromißantrages nebst Zusatzantrag Thull.

Damit ist der Punkt erledigt. Es folgt noch Abstimmung über einige weniger wichtige Anträge. Darauf Mittagspause.

#### Nachmittagssitzung.

#### Unsre Forderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung.

Der Referent Albrecht-Berlin faßt seine Darlegungen in folgende Leitsätze zusammen und schlägt die an diese geknüpfte Resolution zur Annahme vor:

#### Forderungen.

1. Arbeitsrecht betreffend. Die Gen.-Vslg. erklärt, dass die heute leider noch geltenden landesgesetzlichen Bestimmungen über den Dienstvertrag des Gesindes und der ländlichen Arbeiter nicht mehr verträglich sind mit den jetzigen Anschauungen über das Recht auf persönliche Freiheit und mit den Anschauungen über Menschenwürde. Die Gen.-Vslg. fordert darum die Aufhebung dieser Gesetze und Verordnungen und die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts für alle Arbeiter bezw. Gleichstellung mit dem gewerblichen Arbeitsrecht und dessen Verbesserung in freihändlerischem Sinne. Solange jene geforderte allgemeine Aufhebung der betr. Landesgesetze noch unterbleibt, sollen in der Gew.-Ordng. Bestimmungen aufgenommen werden, die das Arbeitspersonal aller Arten von Gartenbaubetrieben der Gewerbeordnung unterstellen. — Der Hauptvorstand des A. D. G. V. wird beauftragt, seine Unternehmungen in der angeführten Richtung fortzusetzen.

2. Mit Beziehung auf den Arbeiterschutz fordert die Generalversammlung vor allem die Anwendung des in der Gewerbeordnung ausgesprochenen Arbeiterschutzes (betr. Gewerbeaufsicht, Sonntagsruhe, Maximalarbeitszeit, Arbeitsord-

nungen, Arbeiterausschüsse) auf alle Gärtnerei- und Gartenbaubetriebe.

3. In der Frage der Arbeiterkammern wird festgehalten an den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses, event. als Ersatz an dem Entwurfe eines Arbeitskammergesetzes, den im Januar ds. Js. die soz.-dem. Fraktion des Reichstages als Gesetzgebungsantrag der Arbeitskammergesetz-Kommission des Reichstages vorgelegt hat.

4. Zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung stellt sich die General-Versammlung auf den Standpunkt, dass sie dieses behandelte Gesetzgebungswerk entschieden ablehnt. Massgebend für die Ablehnung sind die zumteil schon von dem Allgemeinen Krankenkassenkongress vorgetragenen Einwände. Die General-Versammlung stellt sich im übrigen auf den Standpunkt der von Verbands der Lagerhalter und dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter in dieser Sache beschlossenen Resolution.

Im besonderen wendet sich die General-Versammlung gegen die Art der geplanten Einrichtung von Landkrankenkassen, die durch die versagte Selbstverwaltung dem Bürokratismus Tür und Tor öffnet und die Versicherten nur als Objekt behandelt. Wir haben in Hinsicht auf die wirtschaftliche und sonstige Abhängigkeit der zu solchen Verwaltungen in Aussicht genommenen Personen von den in Frage kommenden Unternehmern sowie zu Ärzten, die sich vielfach in derselben Abhängigkeit befinden, nicht das Vertrauen, dass diese in der erforderlichen unparteiischen Weise die Interessen der Versicherten wahrnehmen würden. Wir fordern auf jeden Fall auch für die Landkrankenkassen das freie Selbstverwaltungsrecht der Versicherten. Wir betonen den Punkt ausdrücklich, weil die Gärtner und Gartenarbeiter in grosser Masse zu jenen Leidtragenden direkt gehören würden, die mit diesen Kassen beglückt werden sollen.

In der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung fordern wir im besonderen die Gleichstellung aller darin Versicherten mit den nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz Versicherten, das heisst: die Rentenberechnung soll ganz allgemein auch hier unter Zugrundelegung des Individuallohnes erfolgen.

5. Privatangestellten-Versicherung. Zu den von gewissen Verbänden privater Angestellter gefügten Bestrebungen, die darauf abzielen, ausserhalb des Rahmens der Invalidenversicherung eine besondere staatliche „Pensions- und Hinterbliebenenversicherung“ für die Privatangestellten“ zu erlangen, erklärt die Gen.-Vslg., dass sie dieses Ziel unbedingt verwirft, ausser aus verschiedenen andern wichtigen Gründen insbesondere darum, weil eine eventuelle Gewährung nur die Verschleppung des notwendigen Ausbaues der Invalidenversicherung auf möglichst weite Zeit hinaus herbeiführen würde. Jene gesteckten Ziele werden am besten im Rahmen der heutigen Invalidenversicherung verwirklicht. — Die Gärtner und Gartenerbeiter haben sich gegen die erstrebte Sonderversicherung insbesondere auch darum zu wenden, weil von je 100 gelernten Arbeitnehmern erwiesenermassen kaum 6 für solche Versicherung in Frage kommen würden. Auf diesen Umstand weist die Gen.-Vslg. vor allem die Privatgärtner hin, in deren Kreisen heute von gewissen nicht unterrichteten Köpfen und von Leuten, die aus Demagogie absichtlich irre zu führen suchen, Propaganda gemacht wird.

6. Die Gen.-Vslg. nimmt Kenntnis davon und sieht es als erwiesen an, dass die Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften den in Landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetz stipulierten Facharbeitereffekt, entgegen dem Willen des Gesetzgebers, eingeleitet hat. Von dieser Einigung sind die Gärtner, am meisten betroffen, und werden daher ihre Unfallinvaliden schwer geschädigt und benachteiligt.

Für die Tatsache, dass jene Einigung gegen den Willen des Gesetzgebers erfolgt ist, beruft sich die Gen.-Vslg. auf das Zeugnis des Reichsversicherungsamts, das in seinem Musterstatut vom Jahre 1906 solche Einigung ausdrücklich als unstatthaft bezeichnet. Die Gen.-Vslg. erwartet, dass im Reichstage die Vertreter der Arbeiterschaft die Sache in geeigneter Weise zur Sprache bringen und auf Abhilfe hinwirken werden. Den Berufsgenossenschaften, die jene Verstümmelung vorgenommen und den Aufsichtsstellen, die sie gebilligt haben, kann die Gen.-Vslg. nicht ihr Vertrauen bekunden.

#### Resolution.

Die 9. Gen.-Vslg. des A. D. G. V. hält es — im Hinblick auf die reaktionären, arbeitereindlichen Bestrebungen eines scharfmacherischen Unternehmertums im Gewerbe, Handwerk, Handel, Industrie und Landwirtschaft und angesichts der erfahrungsgemässen leichten Zugänglichkeit der Regierung in derlei Dingen, sowie im Hinblick auf gewisse, jenem Unternehmertum verbundene und dienstberolten Parteien — für ihre Pflicht, die Kollegen aufmerksam zu machen, dass sie auf allen Gebieten der sozialen Gesetzgebung ständig von schweren Gefahren umgeben sind. Nicht bloss, dass durch die genannten Faktoren und Umstände die Weiterbildung der sozialen Gesetze in arbeiterfreundlichem Sinne zurückgehalten wird, besteht sogar vielfach die erste Gefahr einer Verschlechterung. Das Arbeitsrecht sowohl als auch der Arbeiterschutz und die Arbeitsversicherung sind in gleichem Masse jenen Angriffen ausgesetzt.

Die 9. Gen.-Vslg. ruft darum das gesamte Arbeitspersonal in den Gärtnerei- und den Blumengeschäftsbetrieben dazu auf, diesen Dingen unausgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden und den Willen für den allgemeinen sozialpolitischen Fortschritt dadurch mit Entschiedenheit zu bekunden, dass es sich in der für ihn zuständigen Organisation, dem Allgem. Deutschen Gärtnerverein, zusammenschliesst.

Auf besondere Besprechung wird verzichtet. Die General-Versammlung beschließt einstimmig die Annahme der Leitsätze nebst Resolution.

Albrecht gibt dann noch einige Anregungen über Mittel, die Gewerbeberichte für unsern Standpunkt, betreffend den arbeitsrechtlichen Charakter unsres Gewerbes, zu bekehren.

#### Nunmehr erhält zu seinem Referat über

#### Internationale Gärtnerorganisation

Kwasnik-Berlin das Wort. Redner verbreitet sich über den derzeitigen Stand der Gärtnerbewegung im Auslande, die seit der letzten Gen.-Vslg. sich um einiges geändert habe. Die schweizerische Organisation sei leider zurückgegangen. Dagegen ist in Osterreich eine neue vielversprechende Bewegung aufgekommen. Auch in Holland regen sich die Kollegen, ebenso wird aus England ein Anfang gemeldet. Insgesamt sind zurzeit organisiert (runde Zahlen) in Schweden 250, in Dänemark 400, in Frankreich unbestimmt, Holland 150, Schweiz 140, Böhmen 150, Deutsch-Osterreich 800, Deutsch-

land 5000. Die Förderung der internationalen Bewegung sei von großer Wichtigkeit. Da die Gärtner viel ins Ausland gehen, sollen für die Auslands-gänger Flugblätter in deren Sprache verbreitet werden, womit in Deutschland schon ein guter Anfang gemacht wurde. Die Herstellung solcher Flugblätter erfolgt zweckmäßig durch Vermittlung der zuständigen ausländischen Organisation. Bei Lohnbewegungen und Streiks muß man sich gegenseitig benachrichtigen. Die Einberufung einer besonderen internationalen Konferenz ist verfrüht und ebenso die Errichtung eines internationalen Büros. Redner empfiehlt, es bei dem schon vor zwei Jahren (auf der Dresdener Gen.-Vslg.) gefaßten Beschlüsse zu belassen.

Liggerstörfer (Schweizerische Organisation) begründet in längeren Ausführungen folgenden von der schweizerischen Organisation gestellten Antrag: „Die heutige Generalversammlung möge beschließen, daß innerhalb kürzester Frist ein Internationales Gärtnerbüro in einer der süddeutschen Städte, Frankfurt a. M., errichtet werde, das den Zweck hätte, eine bessere Durchführung von Sperrn und Lohnbewegungen zu bewerkstelligen; auch müßte eine Kontrolle der durchreisenden Kollegen geführt werden.“

Dazu möge folgende Begründung dienen:

Da in der Schweiz, hauptsächlich in den großen Städten, nachweislich  $\frac{3}{4}$  der Gärtnergehilfen fremder Nationen, zum größten Teil deutscher Nation, beschäftigt werden, welche zur Hälfte schon organisiert zugereist kommen, kann es dem Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein nicht gleichgültig sein, wie seine Mitglieder ihren Pflichten im Auslande nachkommen. Wir müssen konstatieren, daß es wiederholt vorgekommen ist (die Beweise können erbracht werden), daß Mitglieder des A. D. G. V. sich nicht mehr dem Lebens- und Genufmittelverband angeschlossen haben, also entweder verloren gingen oder als Einzelmitglieder nach Berlin bezahlt haben.

Auch müssen wir konstatieren, daß bei Lohnbewegungen auf jedes Inserat hin zahlreiche Kollegen zugereist kommen; es wäre unsre Ansicht, daß das Büro diejenige Aufgabe hätte, Gegeninsereate zu erlassen oder dann auch solche Streikbrechertrupps den betreffenden Organisationen zu avisieren, ähnlich des Berliner Schreinertransports.

Das Büro hätte auch die Aufgabe, die Agitation etwas nach der Schweiz zu verlegen, sei es durch Vorträge, sei es durch die Lieferung der Zeitung zum Selbstkostenpreis oder an neu zu gründende Sektionen gratis zu liefern. Die Schweizer Organisation verspricht, dafür eine Agitationskommission zu gründen, um bei gegebener Zeit ihre Tätigkeit zu entfalten.“

Zu dieser Sache sprechen Haucke-Leipzig, Kühne-Hannover, Kaiser-Frankfurt, Kummer-Hamburg, Jansson-Berlin und Pawlik-Wien. Sämtliche Redner sprachen im Sinne des Referenten. Die Forderungen einer internationalen Konferenz und dito Büro wurden als verfrüht abgelehnt. Im übrigen soll der internationalen Bewegung allgemeine Aufmerksamkeit zugewendet werden. —

#### Organisation und Agitation in der Herrschaftsgärtnerei.

Die zur Durchberatung der vorgelegten Resolutionen und Leitsätze eingesetzte Kommission legt folgende Kompromiß-Resolution vor, die die Vorschläge von Löcher und Albrecht zusammenzieht und teils revidiert:

„Die neunte Generalversammlung erklärt:

Der Gärtnerberuf ist als ein Ganzes anzusehen; die verschiedenen Branchen haben, soweit die Arbeitnehmer in Betracht kommen, die gleichen wirtschaftlichen Interessen. Auch die wirtschaftliche Lage der Privatgärtner ist abhängig von der Lage der Berufskollegen in der gewerblichen Gärtnerei. Daraus folgt, dass Privatgärtner sich mit den Kollegen der übrigen Branchen in der gleichen Berufsorganisation zu vereinigen haben.

Da nur eine auf zentraler Grundlage aufgebaute Organisationsaktions- und leistungsfähig sein kann, ist auf eine Zusammenfassung der zur Zeit bestehenden lokalen Privatgärtnerorganisationen resp. Lokalvereine im A. D. G. V. hinzuwirken, sowie jedem weiteren Zersplitterungsversuch mit Nachdruck entgegenzutreten.

Den Privatgärtnern wirtschaftlich-sozial gleich stehen die Gärtner in gemeinnützigen privaten Anstalten, Sanatorien und dergl., sowie solche in privaten Bildungsanstalten, in Vergnügungs- und Unterhaltungslokalitäten, sowie die Gutsgärtner. Sie haben deshalb auch die gleichen Organisationspflichten wie die anderen. Und sie haben die gleichen Kampfziele ins Auge zu fassen.

Für seine Mitglieder in der Privatgärtnerei erstrebt der A. D. G. V. insbesondere:

Durch die Erzielung zum Selbst-, zum freien Menschenbewusstsein die höhere Wertung der menschlichen Persönlichkeit des Privatgärtners. Dann: höhere Löhne und kürzere Lohnzahlungsfristen; gerogete Arbeitszeit; Beseitigung des Wohnungszwanges und, wo dies nicht möglich: A) Abschliessung eines besonderen Wohnungsmietsvertrages, der gleichen oder ähnlichen Kündigungsbedingungen unterliegt, wie der Mietsvertrag mit sonst einem Hausbesitzer; B) Einrichtung, Lage und Grösse der Wohnung in Berücksichtigung der Gesundheitsanforderungen und jenen Bedingungen, die für eine angenehme Häuslichkeit Voraussetzung sind; C) Beseitigung des Kostzwanges, soweit möglich, im andern Falle gute und

angemessene Beköstigung; Verbesserung des Deputatlohnes; bei Tantièmebezügen Gewährleistung eines Mindestlohes. Beseitigung der Kinderlosigkeits-Bedingung. Beseitigung der Mitarbeit der Kinder; wo die Mitarbeit der Frau nicht zu beseitigen ist: reelle Vollbezahlung der betreffenden Arbeitsleistungen. Als besondere Forderung haben die Gärtner noch anzustellen: Die Beseitigung der Verpflichtung auf Lehrlingszuchterei; der Gutsherr soll auch ihre daraus hervorgehenden Einkommen in bar leisten. Gegenüber der Gesetzgebung ist zu fordern: Aufhebung der Gesindeordnungen und aller Koalitionsverbote; Gleichstellung im Arbeitsrecht mit den gewerblichen Arbeitern.\*

Es folgt der Bericht der Statutenberatskommission, den Gg. Schmidt erstattet. Da sich zu den Vorschlägen der Kommission und den sonst noch vorliegenden Anträgen längere Debatten entwickeln, muß die Sitzung um 3/4 Uhr unterbrochen werden, damit die Teilnehmer erst Abendessen zu sich nehmen können. Nach einer halben Stunde wird die Verhandlung fortgesetzt.

#### Statutenberatung und sonstige Anträge.

Die meisten Änderungen sind nur redaktioneller Art. Bemerkenswert sind jedoch die folgenden: „Mitglieder, die ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen, können von der Beitragsleistung entbunden werden. Besteht in dem betreffenden Lande eine zuständige Berufsorganisation, so ist es die Pflicht der Kollegen, in diese Organisation einzutreten.“ Eine Bestimmung, die das Vereinsvermögen rechtlich sicherstellen soll. Von den sieben Hauptvorstandsmitgliedern durften bisher nur vier an der Generalversammlung teilnehmen, den übrigen wurde auch das Recht beschnitten, ein Delegiertenmandat anzunehmen; dieses Recht wird ihnen wieder eingeräumt. Von dem im Bezirk der Berliner Ortsverwaltung zur Generalversammlung gewählten Delegierten mußte bisher einige Tage vor der Generalversammlung noch eine Generalrevision der Kasse vorgenommen werden, dies wird als überflüssig erachtet, da die ständigen Revisionen genügend Gewähr bieten. Die Höhe der Ortszuschläge zum Beiträge festzusetzen, unterliegt der Genehmigung des Hauptvorstandes. Arbeitslosenmarken dürfen im Jahre nicht mehr als 20 geklebt werden. Alle drei Beitragsklassen geben Unterstützungsanrecht. (Bisher wurde für die untere Beitragsklasse Arbeitslosenunterstützung nicht gezahlt.) Gutsgärtner erhalten statt der letzteren Umzugsunterstützung bis zu 35 Mk.; Reiseunterstützung wird vom achten Tage (bisher fünften) an gezahlt. In besonders dringenden Fällen kann eine Unterstützung gewährt werden. Rückständige Beiträge werden von der Unterstützung in Abzug gebracht. Gemaßregeltenunterstützung wird nach den Tagessätzen der Arbeitslosenunterstützung geleistet.

Sonstige Anträge: Schärfere Bekämpfung der Lehrlingszuchterei durch Herausgabe eines Flugblattes, wird dem Hauptvorstand als Material überwiesen. Düsseldorf und Frankfurt beantragen: Beamte der Organisation dürfen kein Mandat annehmen und haben nur beratende Stimme. Nach längerer Aussprache wird der Antrag abgelehnt. Zum Gewerkschaftskongreß vertritt der Zentralvorsitzende den Verband. Ein Antrag, zum nächstjährigen internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongreß in Kopenhagen einen Delegierten zu entsenden, findet nicht die notwendige Unterstützung. Den örtlichen Verwaltungen wird empfohlen, in den Mitgliederversammlungen Vorträge belehrenden und aufklärenden Inhalts über die sozialen Schäden des Alkohols zu veranstalten. Die Generalversammlung findet alle drei Jahre in Berlin statt. Beamte, die an den Kursen der Gewerkschaftsschule teilnehmen sollen, müssen mindestens ein Jahr in Anstellung gewesen sein. Die Hauptverwaltung wird beauftragt, für die Funktionäre einen Leitfadens herauszugeben.

Der Sitz des fünften Agitationsbezirks wird von Leipzig nach Dresden verlegt. Für den im fünften Agitationsbezirk ausscheidenden Beamten Kollegen Maetke (wegen Aufhebung dieses Postens) soll sich der Hauptvorstand unterstützend verwenden.

Die Generalversammlungsbeschlüsse treten mit dem 1. Januar 1910 in Kraft.

Nunmehr folgen die

#### Wahlen.

Für die hierzu eingesetzte Kommission gibt Fuchs-Frankfurt a. M. den Bericht. Die Kommission schlägt vor, als Zentralvorsitzenden den Kollegen Busch-Hamburg zu wählen, als 2. Vorsitzender Löcher-Grünwald wiederzuwählen, als Redakteur Albrecht ebenfalls wiederzuwählen, als Beisitzer wiederzuwählen Huhnholz und Steinberg, neu zu wählen Lindenblatt und Albert Lehmann.

Die Kommission gibt noch die Erklärung ab, daß man sich über das Anstellungsverhältnis der Außenbeamten (Agitationsbeamten) dahin schlüssig geworden sei: Da auch diese Beamten ihr Gehalt aus der Hauptkasse beziehen, haben die Generalversammlungen das Recht, deren Arbeitsverhältnis

zu kündigen und Neubesetzung der Posten zu beschließen. Dieser Auffassung wird zugestimmt.

Kollege Löcher bittet, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen, er habe ein gewisses Ruhebedürfnis. Die Ziele, die er sich für die Organisationsentwicklung gesteckt, seien heute erreicht und gesichert. Albrecht bittet Löcher, seine sehr schätzenswerte Arbeitskraft im Hauptvorstande uns schon um deswillen nicht zu entziehen, weil außer Schmidt auch Jansson ausscheide, also grade die bisher im Hauptvorstande tüchtigsten Kräfte uns entzogen werden. Löcher erklärt, sein Wunsch um Ausscheiden sei unabänderlich. Jansson führt aus, daß er um deswillen ausscheide, weil die Hamburger Kollegen meinen, dies sei im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens im neuen Hauptvorstande nützlicher; er sei der gleichen Ansicht; Busch müsse dadurch Gelegenheit bekommen, sich freier entwickeln zu können. Er habe schon vor 2 Jahren den Wunsch gehabt, zurücktreten zu können, als in Diensten der Generalkommission stehend, wäre er aber moralisch verpflichtet gewesen, solange zu bleiben, wie die Organisation das von ihm verlangte. — Anstelle Löcher wird nunmehr Bäckers-Pankow vorgeschlagen, den die Berliner aber nicht als Vorsitzenden ihrer Ortsverwaltung freigeben wollen. Darauf wird de la Croix-Rixdorf vorgeschlagen.

Mehrere Redner, die zur Vorstandswahl sprachen, bedauerten lebhaft, daß der erste Vorsitzende Schmidt sein Amt niederlegte, um die Leitung des neuen Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter zu übernehmen. Nur ungern misse man eine so bewährte Kraft, wie die des seitherigen Vorsitzenden. Hierzu bemerkte Knoll, der als Vertreter der Generalkommission anwesend war: Der Landarbeiterverband, der ja unter besonders schwierigen Verhältnissen zu arbeiten habe, brauche tüchtige Kräfte. Die Gärtner könnten ihren Vorsitzenden um so eher an die berufsverwandte Landarbeiterorganisation abgeben, da sie, wie diese Generalversammlung gezeigt habe, eine nicht kleine Zahl tüchtiger Kräfte in ihren Reihen hätten.

Es erfolgt die Wahl. Busch verlangt für seine Person Stimmzettelwahl. Es werden 22 Zettel abgegeben, davon 21 für Busch, 1 unbeschrieben. Somit ist Busch einstimmig als Zentralvorsitzender gewählt.

Die übrigen Hauptvorstandsmitglieder werden durch Zuruf, ebenfalls einstimmig, gewählt und zwar: als 2. Vorsitzender Huhnholz, als Redakteur Albrecht, als Beisitzer Steinberg, Lehmann, Lindenblatt, de la Croix.

Das Gehalt für Busch wird auf 2200 Mk. im ersten Jahre normiert, steigend nach den Sätzen der sogen. „Stuttgarter Skala“, die auf unsrer Generalversammlung 1907 angenommen worden ist. Ein Antrag Albrecht, ihm, in Gemäßheit dieser Skala, seine volle Dienstzeit anzurechnen, wird mit Stimmenmehrheit zum Beschluß erhoben.\*

Georg Schmidt richtet noch einige Abschiedsworte an die Kollegen, er hofft, auch künftighin der Gärtnersache und ihrer Organisation dienen zu können und glaubt, daß wir eines Tages (Landarbeiterverband und Gärtnerorganisation) einmal organisatorisch zusammenkommen werden.

Mit einem allgemeinen Hoch auf den A. D. G. V. schließt nachts gegen 1 Uhr der Vorsitzende der Gen.-Vslg., Kollege Thull-Düsseldorf, die 9. Generalversammlung.

Die 9. Gen.-Vslg. weist in den drei Tagen 35 Verhandlungsstunden auf. Den Tag zu 8 Stunden gerechnet (länger soll und sollte ja auch diesmal nicht verhandelt werden) liegt also eine Arbeitsleistung von 4 1/2 Tagen vor, die in 3 Tagen bewältigt wurde.

### Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzter Strasse 3. Fernsprecher: Amt 3, 5382.

#### Bekanntmachung.

Postsendungen jedweder Art wolle man einstweilen einfach adressieren: „An den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, Berlin N. 37, Metzter Straße 3.“ Jedenfalls noch nicht „an Josef Busch“, da letzterer noch nicht seine Übersiedlung nach Berlin bewirken kann. Die Benutzung der bisherigen Adresse (Georg Schmidt) ist aber noch zulässig, da Verkehrung getroffen worden ist, die eine Verzögerung ausschließt.

\*) Erklärung. Ich erkläre hiermit, dass ich das aus diesem Beschluss sich ergebende Mehrgehalt nicht abheben werde. Ich werde vielmehr veranlassen, dass aus dem betreffenden Beträgen ein vom Hauptvorstand zu verwaltender Fonds gebildet wird, aus dem diejenigen Angestellten des A. D. G. V. unterstützt werden können, die im Dienste des A. D. G. V. erkrankt oder invalide geworden sind, desgleichen deren Familien, wenn diese durch das Ableben ihres Ernährers etwa in Not geraten. Otto Albrecht.

### Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag, den 15. August der 34. Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 15. August bis 21. August 1909 fällig ist.

#### An die Mitglieder.

Die Außerordentliche Generalversammlung hat die Neuwahl des ersten Vorsitzenden erledigt, und ist dazu der Kollege Josef Busch-Hamburg gewählt worden. Der Unterzeichnete hat hiermit die Geschäfte des ersten Vorsitzenden in unsrer Organisation niedergelegt.

Wie ich schon früher betonte, wird es auch in fernerer Zukunft meine Aufgabe sein, an der Gärtnerorganisation mitzuarbeiten, wie ich auch ferner Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins bleiben werde.

Allen Kollegen, die mich bei der schwierigen Tätigkeit durch ihre Mitarbeit unterstützt haben, sage ich vielen Dank und ersuche ich die Kollegen, das Vertrauen, das mir geschenkt wurde, in vollem Maße auf meinen Nachfolger und den neu gewählten Hauptvorstand zu übertragen.

Berlin, im August 1909. Gg. Schmidt.

#### Gaubeamter für den Ersten Agitationsbezirk (Sitz Hamburg) gesucht.

Durch die Wahl des Kollegen Josef Busch zum Zentralvorsitzenden ist der Posten eines besoldeten Agitationsleiters für den Ersten Agitationsbezirk (Sitz Hamburg) frei geworden. Dieser Posten muß so schnell wie möglich neu besetzt werden, da Kollege Busch schnellstens nach Berlin übersiedeln soll. — Die Mitglieder des neuen Vorstandes sind sich schlüssig geworden, die betr. Stelle hiermit auszusprechen. Der Stellenantritt soll möglichst schon zum 15. September erfolgen.

Zur Bewerbung zugelassen sind Mitglieder des A. D. G. V. Die Bewerber müssen jedoch mindestens drei Jahre gewerkschaftlich organisiert sein. Der Beamte hat auf allen Gebieten der Organisation tätig zu sein und auch die speziellen Hamburger Verhältnisse zu kennen.

Kollegen, die sich hierzu befähigt fühlen, eine rednerisch, agitatorisch und verwaltungstechnische Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete nachweisen können, wollen ihre Gesuche mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis spätestens 1. September 1909 an den Unterzeichneten einsenden.

Dem Bewerbungsschreiben ist eine Abhandlung über die zu erfüllenden Aufgaben und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung beizufügen.

Berlin, den 17. August 1909.

#### Der Hauptvorstand.

I. A.: Otto Albrecht, Berlin, Metzter Straße 3.

— **Warnung!** Aus Hannover und Kiel wird berichtet, daß seit einiger Zeit ein angeblicher Kollege namens Jaeger oder Jaeckel verschiedene Kollegen um Geldbeträge anpumpen will. Betreffender will Mitglied unsrer Organisation sein, hat aber auf Anfrage nie sein Mitgliedsbuch bei sich. Da selbiger sehr vornehm und stets in Förster-Uniform auftritt, möchten wir alle Kollegen eindringlich davor warnen, denselben zu unterstützen, da es offenbar nur auf Betrügereien abgesehen ist. Jaeger oder Jaeckel ist ca. 32 bis 36 Jahre alt, ziemlich groß und korpulent; er trägt blonden Schnurrbart nach oben. Nach seinen Äußerungen wollte er nach Bochum. Nochmals also: Vorsicht, event. Feststellung seiner Person!

— **Breslau.** Die Versammlungen finden jeden Montag nach dem 1. u. 15. im Restaurant Pavlick, Breslau, Ritterplatz 9, statt.

— **Erfurt.** Das Vereinslokal befindet sich von jetzt ab im Gewerkschaftshaus zum Tivoli, Magdeburgerstraße 5. Versammlungen alle 14 Tage. Unterstützung zahlt aus Karl Fröhlich, Bergstr. 24, III, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 1/2 Uhr.

— **Solingen.** Die Verwaltungsstelle ist wie folgt organisiert. Bezirk Solingen: Vertrauensmann Koll. Detter, Kirbergstr. 2; Bezirk Ohligs: Koll. Zinke, Kamperstr. 21; Wald: Koll. Schlüter, Weyer-Wald, Gärtnerlei Hesse. — Unterstützungen zahlt aus: Koll. Detter, Solingen. — Zu sprechen sind die Vertrauensleute mittags von 12 bis 1 und abends von 7 Uhr ab; Sprechzeiten streng beachten!

### Inhaltsübersicht zu No. 34.

Neunte (außerordentliche) Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins. — Allg. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen.

## \* \* Anzeigen-Teil. \* \*

Die viermal gespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme:  
Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

## Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemässe, alle Zweige der Gärtnererei betreffende, gründliche (1924+) wissenschaftliche Fach-Ausbildung

erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen

### Gärtner-Lehranstalt Köstritz

der stärkst besuchten höheren Fachschule für Gärtner.

I. Kursus für Gehilfen.

II. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.

III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.

IV. Kursus f. Obstbautechniker.

Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch

Direktor Dr. H. Settegast.

Tegel, Schlieperstraße 55, Laden mit Wohnung und Garten zu vermieten. Blumenladen noch nicht vorhanden. (1199/38)

## Im Savoy-Hotel Berlin

am Bahnhof Friedrichstraße ist ein für besseres Blumengeschäft passender Laden mit geräumigen Kellereien ganz (ca. 53 qm) oder geteilt (ca. 21 qm) per 1. Oktober zu vermieten. (1198/34) Näheres im Savoy-Hotel

Zum 1. Oktober wird ein (1204) zuverlässiger, unverheirateter

## :: Gärtner ::

gesucht, der auch fähig ist, Kinder im Gartenbau anzuleiten. Anfragen unter Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an die Leitung des Ober-Harzer Landschulheims in Hohegeiß.

**Friedrich Fischer,**  
Berlin S.O. 16, Bethanien-Ufer 8.  
Bureau u. Lager in Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparaten nebst deren Zubehör, Kontor- u. Schreib-Utilensilien, Schnellheftern, Zeitungsmappen (Selbstbinder), Kuverts mit u. ohne Druck in allen Größen, Kopier-Einrichtungen, Heftmaschinen, Briefwagen, Geschäftsbüchern, Bureauöbeln etc. Lieferant der Hauptgeschäftsstelle d. A. D. G.-V. u. fast sämtl. Gewerkschaften, Krankenkassen usw. (912)

Strebsamer Gärtner kann sich etablieren in Stadt Westfalen von 26000 Einwohner. Barmittel nicht erforderlich. Off. unter R. A. an die Exped. d. Bl.

## Günstig für Anfänger!

Strebsamen jungen Kollegen mit einigen 100 Mk. ist günstige Gelegenheit geboten sich in kleiner aufblühender Stadt Westfalens selbständig zu machen. Angebote an (1203)

H. Link,  
Düsseldorf, Pflingerstraße 40-42.

Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.



**S. Kunde & Sohn**  
Dresden  
Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106.  
— Gegründet 1787. —  
**Spezialfabrik**  
für  
**Gartenwerkzeuge.**  
Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung.  
Über tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen.  
— Hauptkatalog steht kostenlos und prompt zu Diensten!

## Gärtner-Lehranstalt Oranienburg

bei Berlin.

Institut der Landwirtschaftskammer — Beginn des Wintersemesters am 19. Oktober 1909

(äterer Eintritt nach Vereinbarung).

Die Anstalt bietet **Gehilfen** Gelegenheit zur gründlichen **theoretischen Ausbildung** auf allen Gebieten der Gärtnererei.

Reichhaltiges Demonstrationsmaterial im Anstaltsgarten und "Exkursionen" nach den bequem und mit geringen Kosten zu erreichenden Königl. Gärten und den bedeutenden Handelsgärtnerereien von Berlin und seiner Umgebung. **Kursusdauer 1 Jahr.**

**Lehrlinge** werden in der Anstaltsgärtnererei **praktisch** ausgebildet.

**Billige Pension in der Anstalt.** Wenig Bemittelten eventl. Ermäßigung. Ausführlicher Bericht und nähere Auskunft kostenfrei durch (1172/34)

Die Direktion.

## Binderin

sucht Stellung in besserem Geschäft. Offerte E. L. 136. an die Expedition der Gubener Zeitung.

**Gesucht nach Russ. Polen** ein herrschftlicher, erfahrener und praktisch bewährter

## Ober-Gärtner

der mit der Topf- und übrigen Blumen-gärtnererei vollständig vertraut ist und einen großen Park mit Gewächshäusern zu versehen imstande ist.

Nur **erste Kraft** mit guten Referenzen wird berücksichtigt. Zuschriften mit Angabe der Gehaltsansprüche sind unter Chiffre J. U. 8071 an Rud. Mosse, Berlin SW., einzusenden. (1206/37)

## Gewächs-Haus

von ca. 135 qm Glasfläche auf Pitch-pine-Rahmen, innen Dampfheizungsanlage, mit zusammen 135 m laufend. Kupferrohr, Dampfkessel, Vorwärmer und Wasser-Bassin, komplett, gut erhalten,

**zu verkaufen.**

Offerten unter H. N. erbeten an die Expedition des

## Allgemeinen Anzeigers,

Wolmirstedt. (1202)

In einer aufblühenden süddeutschen Stadt ist eine **Gärtnererei** gutgehende mit Wohn- bzw. Rentenhaus unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. „N. u. H. Garten“ an d. Exped. dieser Zeitung. (1200)

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

## Meyers Klassiker-Ausgaben

Unübertroffene Korrektheit — Schöne Ausstattung — Eleganter Leinwandeinband

Arnim, 1 Band, geb. . . . .	2 Mk.	Jean Paul, 4 Bände, geb. 8 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. . . . .	2	H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10
Bürger, 1 Band, geb. . . . .	2	Körner, 2 Bände, geb. . . . .
Chamisso, 3 Bände, geb. 6	4	Lenau, 2 Bände, geb. . . . .
Eichendorff, 2 Bände, geb. 4	4	Lessing, 5 Bände, geb. . . . .
Gellert, 1 Band, geb. . . . .	2	Ludwig, 3 Bände, geb. . . . .
Goethe, 15 Bände, geb. . . . .	30	Novallu. Fouqué, 1 Bd., geb. 2
Goethe, 30 Bände, geb. . . . .	30	Platen, 2 Bände, geb. . . . .
Grillparzer, 5 Bände, geb. 10	10	Reuter, 7 Bände, geb. . . . .
Hauff, 4 Bände, geb. . . . .	8	Rückert, 2 Bände, geb. . . . .
Hebel, 4 Bände, geb. . . . .	8	Schiller, 8 Bände, geb. . . . .
Heine, 7 Bände, geb. . . . .	16	Shakespeare, 10 Bde., geb. 20
Harder, 5 Bände, geb. . . . .	10	Tieck, 3 Bände, geb. . . . .
H. A. Hoffmann, 3 Bde., geb. 6	6	Uhland, 2 Bände, geb. . . . .
Immermann, 5 Bände, geb. 10	10	Wieland, 4 Bände, geb. . . . .

Anzahlreiche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

## Verkehrs-Lokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweiselliges Inserat pro Vierteljahr 250 Mk. (vorausbezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmässig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

**Barmen:** Rest. Zur Reichspost von Robert Kömpfer, Unterbarren, Alleestr. 42. Lok. d. Ortsv. Barmon-Elberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. (1022)  
**Barmen,** Gasthaus zur Stadt Hamburg, Rödigerstrasse 16. (Wirt: Albert Vogel), Verkehrslokal der Filiale Barmen. Versammlung jeden 8. Samstag im Monat. (1023)  
**Berlin N.,** Weissburgerstr. 67. Verkehrslokal. Herberge Stellenausgabe: 11-12 Uhr ebenda.  
**Berlin W.,** Vorbergstr. 9. Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Freitag vor dem 15. (1024)  
**Blankenese,** Rest. Bernh. David, Dockenhuden, Bahnhofstr. Vers. So. n. 1. u. 15. (1025)  
**Braunschweig,** Schöppenstedterstrasse 3, Zum schwarzen Ross, Verkehrl., Vsl. jd. Sbd. (1026)  
**Charlottenburg,** Osnabrückerstr. 30, F. Krull, Verkehrs- und Versammlungslokal. (1028)  
**Chemnitz,** J. Materns unt. Hainstr. 7. Versamml. n. Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr. 53, I.

**Cöln a. Rh.,** Restaurant Arenz, Weyerstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15.; daselbst Stellen-nachweis u. Unterstützung. (1029)  
**Dresden-A.,** Ritzsbergstr. 2 und Marxstr. 13. „Dresdener Volkshaus“, Verkehrl. u. Herberge. Dortmann, Ostwall 17. „Zum Blauenhaus“, Inh. Mentler, Verkehrl., Herb. u. Stellenn. Versg. Samstag nach dem 1. und 15. (1030)  
**Düsseldorf,** Pflingerstr. 40-42. Zum gold. Schell-fisch, W. Dillberg, gute Küche und Logis, zivile Preise (1031)  
**Elberfeld,** Volkshaus, Humböcklerstr., Versg. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032)  
**Frankfurt a. M.,** Schlesinger Eck, Gr. Gallus-Gasse 2, Zentralverkehrl. der Gärtner Frank-furts, jeden Samstag Versammlung. (1035)  
**Frankfurt a. M.-Nordend,** Restaurant Erl, Eckenheimerlandstr. 164. Versammlung Frei-tag nach dem 1. und 15. (1036)  
**Grünwald,** Pein, Hubertusbaderstr. 8. Verk.-Lok. Versg. Sonnabend n. d. 1. J. M. Gut. Mittagstisch.

**Hamburg,** Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeits-nachweis von 10-12 Uhr. (1037)  
**Hamburg-Hehlstr.,** M. Lewerenz, Wrangel-Strasse 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 1. u. 8. Dienstag i. M. (1038)  
**Hannover,** Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (1039)  
**Leipzig,** Volkshaus, Zeitzerstrasse.  
**Lübeck,** Rest. Martin Nehlsen, Kl. Burgstr. 25. Verkehrslok. u. Nachtlogis. Gute Speisen. (1040)  
**Magdeburg,** Knochenhauerer-Strasse 27-28, Eingang Packhof-Strasse, 1 Treppe. Vereins-lokal, Zentralherb.: Kleine Klosterstr. (1041)  
**Mannheim H. S. 3,** „Volksstimme“, R. 3. 14. Vereinslokal des Zweigvereins. (1042)  
**Milhausen im Elsass,** Wirtschaft zur Insula, Klostergasse 18.  
**München,** Rest. Högerbräu, Thal 75. Zentral-verkehrl. der Gärtner und Herberge. Versamm-lung jeden vierten Samstag im Monat. (1043)  
**Pankow bei Berlin,** Pankower Gesellschafts-haus Paul Rozycki, Kreuzstr. 3-4, Vereinslokal des Zweigvereins. (1045)

**Steglitz,** Verkehrslokal bei Fritz Romann, Steg-litzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 117, Versg. Donnerstag n. 1. u. 15. (1048)  
**Nieder-Schönhausen,** Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5, Vereinslokal. (1044)  
**Remscheid,** Rest. Arnold Trisch, Bismarckstr. 13 Auch Herberge. (1046)  
**Söllingen,** Restaurant A. Nippel, Wupperstr. 41 Zweigvereins-Lokal (1047)  
**Stellingen b. Hamburg,** A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kielerstr. 211. (1049)  
**Stuttgart,** Gewerkschaftshaus, Esslinger Str. Nr. 17-19. Stellenausgabe: Städt. Arbeitsamt.  
**Wandsbeck,** Lübecker Str. 55, W. Jeenicke, Wandsbecker Gesellschaftshaus, Logis pro Nacht 50 Pf. (1051)  
**Weissenau,** Restaur. Aug. Reimann, Würth-strasse 28. Für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt. (1053)  
**Wiesbaden,** Gewerkschaftshaus, Wellstr. 41, Vereinslokal. Ebendorf: Arbeitsnachweis.  
**Zürich,** Hintere goldener Stern, Bellevueplatz Versamml. 14 tägig Sonnabends. (1058)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Albrecht, Berlin. — Verlag: Georg Schmidt, Berlin.

Druck der Buchdruckerei Carl Hansen, Berlin N. 4.